



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1916

137 (22.3.1916) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-328509](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-328509)

Bezugspreis: Quart 1. — monatlich, halbjährlich 50 Pf., durch die Post einschließlich Postzuschlag Mk. 4.50 im Vierteljahr. Einzel-Nummern in Mannheim und Umgebung 5 Pf. Kuppelzug; Kolonial-Belle 40 Pf. Reichs-Belle 1.20 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme für das Mittagsblatt morgens 10 Uhr, für das Abendblatt nachm. 5 Uhr.

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegraphen-Abteilung: „General-Anzeiger Mannheim“ Fernsprechnummern: Oberleitung, Buchhaltung und Schriftföhrung-Abteilung 1499 Schriftleitung 377 und 1449 Verlagsleitung und Verlagsbuchhandlung 218 und 2169 Buchdruck-Abteilung 241 Verlags-Abteilung 7086

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Zweigschriftleitung in Berlin, N.W. 30, In den Seiten 17, Fernsprech-Nummer Telephon-Amt Hansa 497. — Postfach-Konto Nr. 2917 Ludwigshafen a. Rh.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; wöchentl. Clefdruckbeilage: „Das Weltgeschehen im Bilde“; Technische Rundschau; Sport-Rundschau; Wandern und Reisen sowie WinterSport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 137. Mannheim, Mittwoch, 22. März 1916. (Mittagsblatt.)

Der Krieg ist ein Kampf zwischen England und Deutschland.

Die Kriegsankträge im Reichstag

Erklärung.
Angefaßt der Behandlung, welche die dem Reichstag vorliegenden Anträge zum Handelskrieg gegen England durch amtlich beeinflusste Veröffentlichungen erfahren haben, schieben wir uns in Uebereinstimmung mit einer großen Anzahl führender deutscher Mänter zu folgender Erklärung gedrungen:

Die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit haben im deutschen Volke Empfindungen erregt, welche sich nicht nur als der Mann, dessen Tat- und Schöpfkraft das Wort unseres Kaisers, bitter not tue uns eine starke Flotte, zu glänzender Durchführung brachte, sondern zugleich auch als der deutsche Staatsmann, der den englischen Vernichtungswillen gegen den friedlichen deutschen Weltbewohner am frühesten und am besten erkannt, und der entschlossen war, diesem Willen mit aller Kraft und schicksallicher Ausdauer entgegen zu treten und zur Befreiung lebender Mittel zu bewegen. Die überaus wichtige Aufgabe unseres Volkes weilt sich darin, ein mit dem Schöpfer und Organisator unserer Marine, Unbeschadet seines unerschütterlichen und unerschütterlichen Bestehens zur Obersten Heeresleitung ist das Empfinden und die Sorge in ihm verankert, daß der Rücktritt des Großadmirals mit seiner Haltung in dieser Frage in Zusammenhang steht; Verurteilungen von Mäntern, deren Verbindung mit Regierungskreisen bekannt ist, haben diese Auffassung befestigt.

Nach unserer Ueberzeugung ist es ein dringendes Gebot der Stunde, daß dieser Sorge der Völkern völlig entgegen werde. Die dem Reichstag vorliegenden Anträge bieten dazu eine geeignete Grundlage. Deshalb begrüßen wir diese Anträge und weisen zugleich die an ihnen von amtlich beeinflussten Organen hervorgehobenen Kritik als sachlich wie verfassungsmäßig unbegründet zurück. Wir entwerfen dem inneren Empfinden und den höchsten Wünschen unserer Volksgenossen, wenn wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Reichsleitung diesen Anträgen im Reichstag eine Würdigung anteil werden lasse, die ihrem vaterländischen Geiste entspricht und ihren vaterländischen Zielen Erfüllung verleiht.

Das offen ausgesprochen, haben wir in diesen ersten Tagen für eine Wänt gegen unser Volk und Vaterland, deren Erfüllung unser nationales Gewissen gebieterisch von uns fordert.

Freiburg (Breisgau), 21. März. Die Reichsleitung des Reichstages, der Nationalversammlung, der Reichspartei und der Deutschkonfessionen haben nach einem politischen Vertrage schon Reichstagsfraktionen selbstständig über volle Zustimmung kund in der Unterseeboot-Angelegenheit.

Keine Anträge der Fortschrittlichen Volkspartei.

Berlin, 21. März. (Mittagsblatt.) Die „Fortschrittliche Zeitung“ meldet: Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag hat heute beschlossen, in der U-Boot-Frage keine Anträge einzubringen.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Berlin, 22. März. (M. u. Ver. Büro.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie der „Vorwärts“ mitteilt, folgenden Antrag beschlossen: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln: „Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Boote alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges herbeiführen könnte. Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun werde, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unverletzlichkeit des Meeres, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicher stellt.“ Als Redner für die politische Debatte wurden die Fraktionsvorsitzenden Ebert und Schibemann gewählt.

Reichskanzler und Reichstag.

Berlin, 22. März. (M. u. Ver. Büro.) Der Kanzler wird, wie wir schon vor ein paar Tagen mitteilten, heute noch nicht im Reichstage sprechen. Es bleibt dabei, daß er voraussichtlich erst gegen Ende der Woche das Wort nehmen wird. Auch über die U-Boot-Anträge wird heute nicht verhandelt werden. Es werden in der Hauptsache nur Steuer- und Etatsfragen, wie wir das schon gestern vier andeuteten, erörtert werden. Der Beginn der Sitzung tritt heute der Sontagsruhe nach.

Im heutigen Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen spricht die „Germania“ die Erwartung aus, daß unsere Feinde, die mit Argwohn unseren Ausreden untereinander verfolgen, nicht den beim beginnender Erwartung, die sie erschaffen, sondern die blühende Jugend der Selbstmord finden werden, die uns auch gemacht hat und allein groß erhalten kann.

Im „Köln Tag“ schreibt Julius Wagem: Man darf nicht einen gelehrten Mann gewöhnlich als Parole ausgehen und auszusagen für diejenigen, die aus diesen oder jenen Grund an der Meinung der Offiziere etwas auszusagen haben. Wie sich die verantwortlichen Stellen angesichts der internationalen Lage ein großes Maß von Zurückhaltung auferlegen, so sollten auch die Nichtverantwortlichen etwas von dieser Zurückhaltung beobachten und vom Parlament sollte man ohne weiteres annehmen dürfen, daß es seiner großen moralischen Verantwortlichkeit in diesem Augenblicke sich bewußt sein werde.

Ein sozialdemokratischer Irrtum.

Der Berliner parlamentarische Berichtreiber der „Münchener Post“ sieht im Hintergrunde der Anträge zum U-Bootkrieg eine politische Aktion. Die sich gegen den Reichskanzler richtete, u. a. weil er gewissen Kreisen in der Frage der inneren Neuorientierung zu weit gehe. Das ist ein ganzlicher Irrtum. Die Bewegung reicht weit, weit in die Vergangenheit, bis den konservativen sozialpolitischen Anschauungen sehr ferne stehen. U. a. auch in die Kreise der Fortschrittlichen Volkspartei, deren Gruppe in Berlin sich an der Rundgebung an Leipzig beteiligt hat. Zu den Unterzeichnern der Anträge gehört Ballermann, der erst umbringt an dieser Stelle den Ruf erhoben hat:

„Nun erst recht Sozialpolitik“; zu den Mäntern, die mit in erster Reihe stehen, gehört die „Tägliche Rundschau“, die alles andere ist als ein Scherzblätter. Wir sollten wirklich in diesen so außerordentlich schweren und ernsten Fragen, in denen es tatsächlich um nicht mehr und nicht weniger als das Schicksal Deutschlands geht, doch alle die lästigen Gewohnheiten aus den innerpolitischen Kämpfen der Friedenszeit ablegen, zu denen auch das beschränkte Unterhalten von Motiven gehörte. Der einzige Grund der ganzen Bewegung ist tatsächlich nur die Sorge, daß wir den nächsten Weges England gegenüber nicht verfehlen; ein englischer militärischer Schriftsteller hat unlängst in einer amerikanischen Zeitschrift den Kern des ganzen Weltkrieges erfaßt und sehr kritisch so umschrieben: „Der Krieg ist vor allen Dingen ein Kampf zwischen England und Deutschland. Bei Frankreich handelt es sich nur um eine einzelne Provinz, mit Rußland können die Differenzen durch einen Handel erledigt werden. Japan kann mit Geld bezahlt werden. Bei England handelt es sich um die Vorherrschaft auf See. England ist durch Deutschlands Übergeht in seiner Existenz bedroht und nimmt die Herausforderung an wie Rom die Karthagos. Es ist entschlossen, nicht nur Deutschland in seine alten Grenzen zurückzuwerfen, sondern für mindestens eine Generation alle Gefahr auf See zu beseitigen.“ Derselbe Schriftsteller sagt an anderer Stelle: „Das England Aquittus verfährt mit Deutschland wie das England Vitis mit Frankreich.“ Das England durchwegs entschlossen ist, den Krieg bis zur Zerkleinerung Deutschlands als weltpolitische Macht zu führen, kann keinem Zweifel unterliegen. Das die geschichtliche Parallele des englischen Militärschriftstellers Wirklichkeit werde, das ist es, was die Millionen Deutschen verhindern wollen, die mit dem Geiste der im Reichstag gestellten Anträge übereinstimmen. Es geht um Deutschlands Großmachtdasein, es geht darum, ein Ende zu machen jener Politik internationaler Isolierung Deutschlands, die England seit 1904 fast und methodisch betrieben hat, wofür wir die unumkehrlichen Ergebnisse in den Verträgen der belgischen Geländen besitzen. Wer nicht anders als die große weltpolitische Tragödie: „England und wir“ liest in Frage. Auf diesen Boden sollten lokalwärts die Gegner des Antrags treten. Sie können sagen: Jeder Weg mit England ins reine zu kommen, also der Weg der Aufnahme und Durchführung des Kampfes bis zur Erschöpfung des englischen Vernichtungswillens ist nicht der richtige; wir tun besser, den Handel abzuschließen durch mehr oder weniger unbedingte Anerkennung der englischen See- und Weltvorräte (Schiffen) gegen etwaige Zugeständnisse irgendwas, wo wir dem englischen Weltreich nach wirtschaftlich noch politisch lästig fallen; nach unserer Ueberzeugung würde ein solcher Ausgang des Krieges allerdings uns nicht einmal die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleisten, die auch die Entschleierung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fordert. Immerhin — man kann über den besten Weg der Abrechnung mit England zweierlei Meinung sein. Aber man sollte nicht unterlassen, daß es Parteien im Reichstag und Kreis im Reich gibt, die bereit sind, mit dem Schicksal der Nation ein gewichtiges Spiel um irgendwelcher Wollwurstteile wagen zu spielen. Wir können nur wünschen, daß die Verhandlungen im Reichstag in einem guten Geiste geführt werden, unter der gegenseitigen Anerkennung, daß

alle Reichskanzler, Rechte, Mitte und Linke nur das Beste des Vaterlandes wollen.

Sirpig.

Hamburg, 21. März. (Mittagsblatt.) Der Verein Hamburger Reederei hat heute nachfolgendes Telegramm an seine Mitglieder den Herrn Großadmiral von Tirpitz gerichtet: Seine Excellenz Herrn Großadmiral von Tirpitz, Berlin.

Die Hamburger Schifffahrt kann Eure Excellenz nicht von Ihrem hohen Posten scheiden sehen, ohne Ihnen nochmals den Ausdruck ihres wärmsten Dankes zu übermitteln für das Interesse und Verständnis, welches Eure Excellenz der deutschen Handelsmarine als unentbehrliche Ergänzung der Kriegsmarine entgegengebracht. Die Hamburger Reederei verbindet mit ihrem Danke die herzlichsten Wünsche für Ihr und Ihres Hauses ferneres Glück.

Der Verein Hamburger Reederei, Berlin, Vorsitzender.

England und wir. Agitation für Neuwahlen in England.

Haag, 21. März. (Mittagsblatt.) Der „Morning Journal“ meldet aus London: Das Mitglied des Unterhauses Graf spricht sich in einem Briefe an die „Times“ dafür aus, daß Kandidaten für das Parlament abgelehnt werden sollen. Die Nation komme mehr und mehr zu der Einsicht, daß das gegenwärtige Kabinetministerium Elemente enthält, welche keine Koalition mochten.

Eine wichtige Konferenz über die Rekrutierungsfrage.

Haag, 21. März. (Mittagsblatt.) Der „Morning Journal“ berichtet aus London: Die „Times“ berichtet: Western wurde im Kriegsjahre eine wichtige Konferenz über die Rekrutierungsfrage abgehalten. Richtigener, Selbourne, Kuciman, Samuel und Long waren anwesend. Es wurde besonders über den Bedarf an Arbeitskräften der Kriegsmaterialfabriken, über den Menschenmangel auf dem Lande und die Bergarbeiterfrage beraten. Die Einberufung der zweiten Gruppe der Verheirateten wurde ausgeschlossen.

Der Kriegsrat des Bierzverbands.

Die militärische Zusammenkunft des Bierzverbands im französischen Hauptquartier, bei der Hoffe der Woche führte, besprach nach einem Telegramm der „Mittagsblatt“ von der kaiserlichen Grenze eingehend die Frage der Schaffung eines besonderen Reserveheeres, das die Heere des Bierzverbands vor Ueberraschungen sichern soll. Die Konferenz stimmte dem Plan grundsätzlich zu, die Entscheidung darüber soll vom politischen Rat des Bierzverbands, der anfangs nächster Woche in Paris tagen wird, ausgehen. Wie der „Secolo“ berichtet, werden die Verbände voraussichtlich zustimmen, wobei man sich jedoch die unwahrscheinlichen Zusammenhänge der Lage nicht verhehle. — Schon die letzte Kapitulanz erdauere die praktische Durchführung. Wenn geben die Verbände an ihren Zusammenkünften teilhaben, werde auch, weil der

Secolo, die Zusammenführung des Kaiserreiches zu einem unerschütterlichen Anlaß geben. Die Verbündeten seien normalerweise dazu bereit, gegebenenfalls eine Anzahl Truppen bereitzustellen und ein Heer zu bilden, mehr aber würde nicht zu erwarten sein und habe auch nur geringen Wert. Interessant ist die Feststellung, daß Italien besondere Bedenken gegen das geplante Projekt habe, da es zu dem bisher verübten Krieg gegen Deutschland führen würde, wenn dieses Heer auf der Westfront verwendet werden sollte. General Dorn habe zwar zugestimmt, doch werde die Zustimmung Salandras und Sonninos schwerer zu erlangen sein. — General Joffre traf letzten Freitag in Velfort ein, wo er die Truppen besichtigte. — Die italienische Post verzeichnet mit Genugtuung den warmen Empfang Cadornas in Paris. Die Reise Cadornas nach Paris und London besitze sehr große Bedeutung; nach seiner Rückkehr werde er hauptsächlich König Albert von Belgien besuchen.

Paris, 21. März. (W.Z. Nichtamtlich.) General Cadorna jagte in einem Mitarbeiter des „Welt Journal“, der mit ihm verheiratet ist, unsere Offensivtät in energischer und heftiger Weise an der einzigen Front wieder aufgenommen, an der wir gegenwärtig handeln können. Aber es ist notwendig, daß das Wetter dies gestattet. Gegenwärtig sind die Landminen, welche häufig Soldaten begraben, unser schrecklichster Feind.

Paris, 21. März. (W.Z. Nichtamtlich.) General Cadorna hat sich heute Vormittag mit den Erdbebenoffizieren ins Große Hauptquartier begeben.

Die Schlacht von Verdun. Poincaré an der Front.

Paris, 21. März. (W.Z. Nichtamtlich.) Poincaré besuchte am Montag Signal de Lon, nordöstlich Pont-à-Mousson, die vorderen Verteidigungslinien bei Roncy und Moon der ersten Gruppe, Robouville und Baccarat und kehrte heute früh nach Paris zurück.

Französische Illusionen.

Paris, 21. März. (W.Z. Nichtamtlich.) Die Zeitungen fahren fort, eine unermesslich fortschreitende materielle und moralische Ermattung der Deutschen vor Verdun zu verzeichnen. Der „Matin“ meint, daß die Schlacht dahin neige, einseitig einzuschlagen. Das Echo de Paris glaubt, daß die Deutschen die Front bei Melancourt nicht überwinden werden. Ein Erfolg dort ist ebenso unvorstellbar, wie anderwärts.

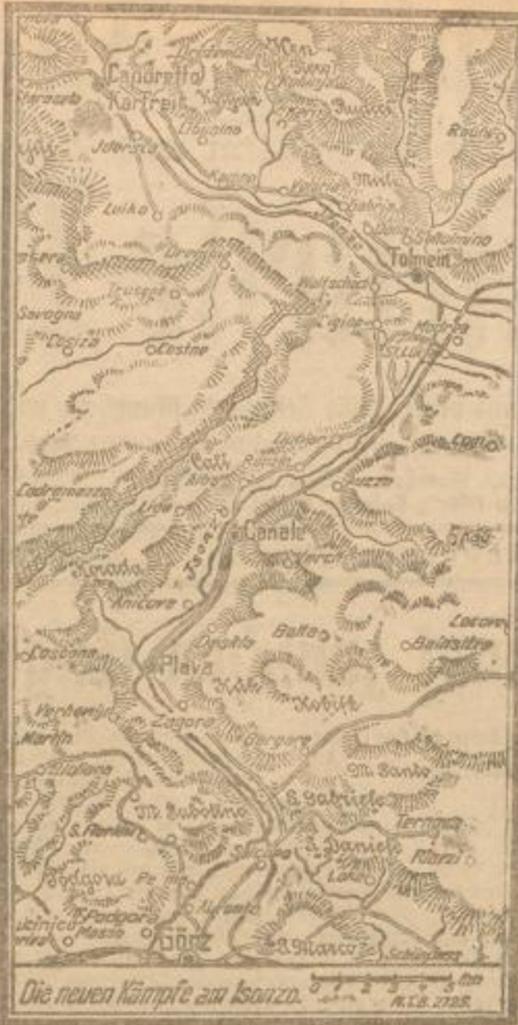
Die russische Offensive. Der russische Bericht.

Petersburg, 21. März. (W.Z. Nichtamtlich.) Am 19. März um 10 Uhr: Westfront. In der Gegend des Rongerseees verübte eine deutsche Abteilung in unsere Linien einzudringen; sie wurde durch Feuer gestoppt. In der Gegend südlich von Danaburg kam es in einzelnen Abschnitten zu heftigen Artillerie- und Infanteriekämpfen. Feindliche Angriffe südlich des Droschakulsee wurden abgelehnt. In der Gegend östlich von Zwereß (6 Kilometer) erlitten wir das Dorf Wellöse See. In der Gegend südlich von Nowotisch schlugen vier feindliche Angriffe zurück und erbeuteten 2 Maschinengewehre, fünfzehn Karos- und Wägen-See besetzten unsere Truppen nach Kampf das

Augenblicksbilder vom Weltkriege.

Eine Prophezeiung unseres U-Boot-Krieges vor einem halben Jahrhundert.

Kraft noch einmal die Unerschöpflichkeit des deutschen Volkes nach der Erklärung einer Seemacht der neuesten Zeit. Dann aber baliet sich an der neuesten Erfindung. Bewegung ist nun, so lange als möglich; so seid ihr Herrin der siegreichsten Waffe. Nicht an die Holzfluten der alten Marine, auch nicht an die gewanzerten Schiffsflotten und Monitore vergebend. Eine Millionen, sondern mit der schlaun gewordenen Beherrschung des Innermeeres begründet die neue Flotte; sie ist nicht, den Kampf mit den Ungenossen der alten Marine zu bestehen; sie kämpft in Gefahrdern der Welt, mit unsern Flotten, mit unsern Flotten, die dem deutschen Namen gebührt. Und will die alte Gewalt des Dreizehnten nicht erlöschen, dann schreit den rühmigen Schwarm der U-Booten an und fragt, was Euch widersteht, wenn die Schiffe der Welt über Euer Feinde kommen! Glaukt ja, die Andern kommen Euch bald in der neuen Marine bei, aber verhandelt nicht mit ihnen, doch deren gewöhnen, niemanden vor Euch zu sehen, es als eine Schwach empfinden, immer und immer zu warten, nicht anders mit unsern Erfindungen wohl kommen möchten! Es ist mit dieser Erfindung den Deutschen gegeben, für das Leben der Meeres eine neue Epoche zu begründen. Jetzt ist es mit Euch, zu zeigen, ob wir



Dorf Zamorosee südlich vom Karossee und einen Teil der feindlichen Gräben bei dem Dorf Ostrovian, nördlich vom Rifoniossee. In Salizien am Dnjestr nahmen unsere Truppen nach Artillerievorbereitung durch einen kräftigen Stoß die Gräben und den Brückenkopf östlich des Dorfes Michalco (vier Kilometer westlich Udrsch).

Kanakasfront: Verluste der Türken, an mehreren Orten in der Küstengegend vorzugehen, wurden durch unser Feuer von Land und See vereitelt. Bei der weiteren Verfolgung des Feindes nahmen unsere Truppen wieder einige türkische Offiziere und über 150 Wehrkräfte gefangen, und erbeuteten Maschinengewehre.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 21. März. (W.Z. Nichtamtlich.) Am 20. März wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Sechsstätigkeit Kellenweise erzählt, namentlich bei der Krone Pflanz-Balkin.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unbeeinträchtigt. Feindliche Angriffe auf die von uns

gewonnenen Stellungen am Nombon und Nizil Brh wurden abgewiesen. Im Nombon brachte eine unerwartete Unternehmung 2 gefangen Italienes ein.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unser Heer erlitt keine Verluste über Slora (Salona) und bewarzen den Hafen und die Truppenlager erfolgreich mit Bomben. Sie kehrten trotz heftiger Beschichtung unverletzt heim.

Lage in Montenegro und Albanien unbeeinträchtigt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Höfer, Feldmarschallleutnant.

Erzählungen französischer Gefangener.

(Erzählungen unseres zum Vorkampfschauplatz anwesenden Berichterstatters.)

Ein Offizier und einige Mann des französischen aktiven 84. Infanterie-Regiments, welche bei den von mir im vorigen Teil genannten gemeldeten Patronenlärmen an der griechisch-mazedonischen Grenze südwestlich des Dolnitsch gefangen worden waren, konnten heute bei ihrer Überführung ins Zinter-

land (sprachen). Eine gewisse geschichtliche Bedeutung hat dieses insofern, als diese Gefangenen die ersten sind auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz, die ihr Kriegsgeschick in die Obhut unserer beiden Truppen brachte. Das allgemeine Aussehen der Gefangenen war gut. Sie trugen alle die der österreichischen Uniform so ähnliche hellgraue Bekleidung, die ziemlich abgetragen aussah. Die Gefangenen sind lauter kräftige, gut genährte Menschen, die allen Gerüchten über das mündertüchtige Material der französischen Truppen für ihre Person wenigstens Glauben sprachen. Wie sie mitteilten, haben sie mit dem Regiment seit Anfangs November an der mazedonischen Front und kamen aus der Champagne hierher, nachdem sie die große Champagne-Offensive dort mitgemacht hatten. Der ganze Transport von der Front nach Saloniki dauerte 10 Tage und nachdem sie sich in Saloniki, wo sich sehr viele englische Truppen aufhielten, 1 1/2 Tage ausgerastet hatten, wurden sie in die Front geführt, wo sie dann bei Stridol gegen die Bulgaren gekämpft haben. Der Offiziersaspirant kam mit dem unglücklich untergegangenen Dampfer „Provant“, die Mannschaft mit einem ihnen dem Namen nach nicht bekannten Transportdampfer, der starke Metallbeschädigung an Deck trug, mit der sie während der Fahrt ein aufgetauchtes Unterseeboot ergebnislos beschossen, obgleich das U-Boot keinen Angriff auf den Dampfer unternommen hat. Angaben darüber, ob der Transportdampfer die Handels- oder Kriegsflogge trug, konnten sie nicht machen. Sie gaben weiter an, daß ihre Stellungen zur Zeit auf einer Höhe von etwa 80 Meter sich befindet. Die mit und wohnlich ausgebaute sind und daß ihre Verpflegung ausgesprochen im Ganzen ist. Sie erhalten jeden zweiten Tag 750 Gramm Weizenbrot, 1 Kilo Weizenmehl, getrocknetes Obst, Butter und Fleisch. Die Zeitungen erhalten sie regelmäßig, auch eine Soldatenzeitung, jedoch sie über die Vorgänge bei Verdun wie auch über die Abhaltung des Generals Gallieni unterrichtet sind. Die Verhältnisse der französischen Armee wurden ihnen wie folgt bekanntgegeben: Ende 800000, Gefangene 300000, Schwerverwundete 400000.

Der Offiziersaspirant befindet in seinen Aufzeichnungen eine große Zurückhaltung und macht über Truppenstärke, Standort, Verteilung keine Angaben.

Bei der Schlacht von Stridol war kein Regiment dabei und erlitt eine Niederlage, die sie infolge des dichten Nebels von den Bulgaren überwacht wurden, so daß sie erst den Angriff merkten, als die Bulgaren sie von 3/4 Meile Entfernung mit Feuer überschütteten. Die Bulgaren kämpften mit Todesverachtung und ihre Infanterie ist unvergleichlich besser als ihre Artillerie. Die französische Artillerie leistete besonders bei Cimetol unvergleichlich blutige Arbeit. Die bulgarische Artillerie schoß viel mit Schrapnell und er zeigte mir auf dem runden Stahlhelm mehrere eingedrückte Stellen, die von Schrapnellkugeln herrührten. Diesen Stahlhelmen schienen alle sehr hoch, da sie darin einen beinahe sicheren Schutz gegen Schrapnellfeuer erbliden. Wir schien eher, daß die Sprengpunkte zu hoch lagen. Die Engländer verteidigten — er meinte, daß sie im Westen die ganze Front hielten und überall in der Reserve stehen, wie auch an der mazedonischen Front — Frankreich, daß durch das Deutsche Reich in den Krieg gedrängt wurde und die Dienste der Engländer zu schätzen

Die unsichtbare deutsche Infanterie.

Über die von den Franzosen aus unangenehmen empfindenden Vorteile der deutschen Taktik im Felde besteht in der Artillerie, mit der die deutschen Truppen, wo immer die Gelegenheit es gestattet, selbst während des Feuers dem Auge des Gegners verborgen bleiben. Die hoch man in französischen Kreisen allen Verkleinerungsversuchen zum Trotz die deutsche Kampfart einschätzen muß und wie sehr der unsichtbare deutsche Feind gefürchtet wird, läßt sich mit aller Deutlichkeit aus einem französischen Feldpostbrief entnehmen, der sich in dem beinahe in Georg Müller-Berlin in München erschienenen

ersten Hefen Band des von A. Dehmel herausgegebenen Sammelwerkes „Der deutsche Krieg in Feldpostbriefen“ findet. „Seit vierzehn Tagen“, schreibt ein französischer Offizier, „ist es nicht mehr von den Deutschen. Man vernahm sie, gewiß, in, begrüßte ihre Granaten, erlitten ihre Schrapnells, wachte, daß sie da waren, ganz nahe, aber sie sehen — ja! Augen! Soeben plünderte in einem Gewand ein verdammerter Soldat, der auf die Kranke trug, wartete. Mit seiner eigenen Hut machte er der aller anderer Infanteristen Luft; sie sind während darüber, fortgesetzt die deutsche Infanterie vor sich verschwinden zu sehen, wenn sie ausluden, sie erreicht zu haben. Man muß erkennen, daß die deutschen Heerführer die Kunst, ein Heer zu verborgen, wirklich beherrschen. Diese Taktik ist keineswegs zu unterschätzen. Sie wird mit jeder zeitlich genauen Methode geübt, die dem Feinde immer feindliche Augen hat. Sehen und nicht gesehen werden, das ist das Prinzip, das in erster Linie beherrscht. Ihre Geschütze bestanden hauptsächlich von frühem Morgen bis zum Abend und noch tief in die Nacht hinein die Dächer, die sie von uns besetzt, die Wälder, in denen sie uns versteckt glaubten, und die Straßen, die wie ihrer Ansicht nach passieren mußten. Man erkennt von weitem das Geräusch dieser Granaten, denn sie reden eine anstrengliche Sprache. Die Infanterie ist da, ruhig tauschend über Hundert Meter entfernt, und schreut ganz vorzüglich, unterläßt von hervorragenden Beobachtungsposten. Aber man sieht sie nicht. Sie vergrüßt sich in tiefen, weiten krummen Gräben, in denen tief sie sich bewegen kann, ohne gesehen zu werden. Jeden, abgesehen vom Baumstumpf, über dem sie liegt, an

wüßte. In der Armees man allgemein, daß die österreichischen und russischen Armeen gut seien, sie hätten sich gut geschlagen und viele Menschen verloren. Die Serben und Bulgaren seien tapfer, aber es sei keine Armees in europäischem Sinne. Die einzigen Soldaten der Welt besäßen aber die französischen und die deutsche Armees und davon sei ganz Frankreich überzeugt.

Dr. Stephan Steiner.

Das Seegefecht an der flandrischen Küste. Englische Verlogenheit.

London, 21. März. (M.D. Nichtamtlich.) Die Admiraltät teilt mit: Gestern morgen haben 4 britische Zerstörer in der Nähe der belgischen Küste drei deutsche Zerstörer. Der Feind fuhr sofort nach Seebrügge, verfolgt von unseren Zerstörern. Während der Fahrt wurden Schiffe getoedtet. Wie beobachtet, wurden zwei Schiffe des Feindes getroffen. Wir hatten vier Verwundete.

Mit dieser Schönfärberei kann man in England die Niederlage, die man sich an der flandrischen Küste geholt hat nicht verhehlen. Man zieht einen Zerstörer von der eigenen Flotte ab, um das Ueberhandnehmen zwischen den geschlagenen und den erfolgreichen deutschen Schiffen nicht gar zu groß erscheinen zu lassen und man behauptet das Gegenteil der Wahrheit, indem man erklärt, die feindlichen, nicht die eigenen Schiffe hätten das Gefecht abgebrochen.

Die geheimen Anweisungen der britischen Admiraltät.

in Köln, 22. März. (Priv.-Tel.) Der Köln. Zig. zufolge meldet „Daily Telegraph“ aus New York: Die sogenannten geheimen Anweisungen der Admiraltät, welche an Vord der Woodford von den Deutschen gefunden wurden und in denen die Warnung vorkommt, sie nicht in feindliche Hände fallen zu lassen, sind keineswegs derart, daß sie die Ansprüche der Deutschen stützen können. Deutschland gründet die Beschlagnahme des U-Bootes veranlaßt auf § 3, worin es heißt: Wenn das U-Boot drei Tage das Schiff verfolgt und es gefoht ist, daß es feindliche Absichten hat, muß das verfolgte Schiff zur Selbstverteidigung das Feuer eröffnen, wenn auch das U-Boot vielleicht keine merkliche feindliche Last verübt hat. Die deutsche Denkweise führt eine Anzahl Fälle auf, wo britische Kaufleute versucht haben, einen Tauchboot zu ertränken und das Feuer aus ihrem Geschütz eröffnen haben.

Die Darstellung des „Daily Telegraph“ ist natürlich ganz unrichtig, bemerkt die Köln. Zig., denn wenn ein Handelschiff wirklich nur zur Verteidigung beauftragt wäre, würde es eben nicht auf ein verfolgendes Tauchboot das Feuer eröffnen. Es würde, wenn ihm das Haltezeichen gegeben, die Durchsuchung gestatten und hätte davon den Vorteil, daß Mannschaften und Frachtposten sich in Sicht-Licht bewegen könnten, ehe die Besatzung des Tauchbootes die Besatzung des Handelsschiffes zu töten und die Besatzung für erfolgreiche Angriffe, endlich die von uns aufgestellten Fälle beweisen, daß die englischen Handelschiffe nicht nur zur Verteidigung beauftragt sind. Wenn die amerikanischen Regierungen das nicht anerkennen wollen, so wäre das nicht auf sachliche Gründe sondern auf den Mangel an gutem Willen zurückzuführen.

Großherzogliches Hof- und Nationaltheater Mannheim.

Zum ersten Male:

Die selige Exzellenz.

Sudolf Pressler, der Schreibegeordnete und Weisefamule, und Leo Walter Stein, der in der Darstellung der lustigen Seite des Lebens gerade auch kein Neuling war, haben sich zu diesem Lustspiel zusammengesunden und einen Theaterabend in drei Akten geschickt und mitvoll das Erforderliche an guter Sprache, mehr und minder gelungenen Komik, an Situationskomik zugeführt. Sehr wenig komisch ist die Person

Der glorreiche Beutezug der „Möve“.

Berlin, 22. März. (Von u. Berl. Bur.) Der Korvettenkapitän Graf Dohna, der Führer der „Möve“, hat einen Mitarbeiter des „Berliner Lokal-Anzeigers“ aufgefunden und ihm über den glorreichen Beutezug der „Möve“ Mitteilung gemacht. Er schildert u. a. als ein besonders schönes Moment die Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen, die sich an Bord der „Möve“ befanden. Er sagte: Die armen Kerle trauten ihren Augen kaum, als ihre Kabine plötzlich geöffnet und sie heraus an Deck geführt wurden. Wortlos gerührt standen sie da. Ich ließ sie an Bord der „Möve“ schaffen und brachte das Kaiserhoch aus. Zunächst stimmten alle in diesen Ruf ein. Auf der „Möve“ befanden sich vier englische Offiziere und 30 Piloten, die als Kriegsgefangene an Bord waren und in die Heimatshäfen mitgenommen wurden. In einem Bekleidungsraum fanden wir auch Goldbarren, die aus dem Nil stammten. Herr Dohna führt dann weiter aus: Die und wie wir heimkommen, bleibt vorläufig das Geheimnis der „Möve“, jedenfalls wurde der klare Beweis erbracht, daß die Blockade der deutschen Häfen nur im Kopf der Engländer existiert.

Der Untergang des Dampfers „Tubantia“.

Rotterdam, 21. März. (M.D. Nichtamtlich.) Gestern Abend ist das Bergungsboot „Wobon“ nach der Stelle, wo die „Tubantia“ sank, ausgefahren. An Bord befinden sich zwei Marinemilitäre, Taucher und anderes Personal.

Haag, 21. März. (M.D. Nichtamtlich.) Der Kleine Courant schreibt, daß die holländische Regierung nachden sie im Besitze einer unbedingten Zurückweisung jeder Verantwortung für den Untergang der „Tubantia“ von deutscher Seite ist, dazu einen Anlaß finden kann, sich mit dem Ersuchen, um Einleitung einer näheren Untersuchung an die britische Regierung zu wenden. Wenn auf dieses Ersuchen eine entsprechende Vereinbarung eingeht, wäre die Schwierigkeit, wegen der in dieser Angelegenheit durch die Regierung angestrebten Haltung, eingewandert vermindert, da sie dann im Besitze von zwei völlig gleichwertigen Erklärungen wäre. Das „Beerland“ hält den Antrag auf eine gemeinsame Vorgehen der interessierten Mächte wegen der bedrohten Schifffahrt für günstig.

Haag, 21. März. (M.D. Nichtamtlich.) Anknüpfend der unrichtigen Meldungen der niederländischen Presse über Schritte, die bei der deutschen Regierung wegen des Unterganges der „Tubantia“ unternommen worden seien, teilt der Minister des Meeres mit, daß die Klärung der dem holländischen Gesandten in Berlin am Abend des 19. d. M. vorgelegten Instruktionen, denen zufolge er auf Grund der Erklärungen der Personen an Bord des Dampfers, die deutsche Regierung um Einleitung einer Untersuchung ersuchen wolle, infolge der inzwischen vom hiesigen deutschen Gesandten namens seiner Regierung abgelegten Erklärung, unterbleiben ist.

Japans von den Russen genommen.

Kopenhagen, 21. März. (M.D. Nichtamtlich.) Wie die Petersburger Telegraphenagentur meldet, haben die Russen am 19. März Japan von den Russen genommen.

bestand der Autoren; hohelichtreicher kann die Art ihrer Charakterisierung; denn typischen Oberhofmoralisch angelegten (er und seinesgleichen haben im lustigen Bild neigebungen immer einen Defekt, geistig oder moralisch) bis zum simplen, untertänigen Komplexionisten, bis zur tiefen profanen Weisheit der seligen Erzellen. Um eine fälschliche Unterlassenschaft genannter Erzellen dreht sich der unterhaltende Teil der keinen Redens, den Antiquen, Pöbel, Marktschreier anführen und klüger übernat. überlegene Kunst zu befruchtigenden, d. h. mit zwei fähigen Verlobungen beendenden, Ende bringen. Der furchtlose auch nicht abstrakte Memoiren, die möglicherweise, die wahrscheinlich ist das unglückliche, was jeder gern am ehesten verdeckt: der Hofmann die Spirale seiner Laufbahn, der pflichtgetreue Beamte die tägliche Verlesung einer Vorchrift. Mit Hilfe eines Verlobtes verleben die beiden Hühnerseiter und Kalkgestalten der Gesellschaft — der männliche und weibliche Freund der seligen Erzellen — den frommen Weg, im Besitz zu verlässlichen Tagelöhner des Verlobten zu sein. Als Erfolg ihres Mühens bietet sich ihnen das Schauspiel schnellsten, pompösesten Genüßes: Frau von Bindung legitimiert sich wieder als durchsichtige hoffähig, und der junge Adorant Conrad Weber erhält zu seinem Titel auch das einträgliche Amt. Das

Der Krieg in den Kolonien. Eine Anfrage Baffermanns.

Berlin, 21. März. (M.D. Nichtamtlich.) Abgeordneter Baffermann hat beim Reichstag nachstehende Anfrage eingereicht: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, Mitteilung zu machen über die letzten Kämpfe in Kamerun und den Übertritt der Schutztruppe auf neutrales Gebiet, sowie über den Stand der kriegerischen Ereignisse in Deutsch-Ostafrika?

Zur Seifenfrage.

Berlin, 21. März. (M.D.) Vom Kriegsausbruch für Öl und Fett wird und geschrieben: Seitdem eine gewisse Anzahl an Seifen eingetrieben ist, wird den Hausfrauen vielfach empfohlen, aus häuslichen Fettsäuren u. dergl. selbst Seife herzustellen. Dieser wohlmeinende Rat dürfte in Unkenntnis der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen erteilt werden. Durch Bundesratsverordnung vom 6. Januar ist nämlich die Verwendung von Fett und Ölen zur Seifenherstellung verboten, sie darf nur im Wege der Ausnahme erfolgen, wenn eine besondere Genehmigung vonseiten des Reichskanzlers erteilt wird. Die Hausfrauen werden daher gut tun, ihre Fett- und Ölreste zu sammeln und dieselben einer Seifenfabrik, welche sich die Genehmigung verschafft hat, oder sie sich zu verschaffen in der Lage ist, zu verkaufen. Die Selbstherstellung von Seifen im Hause ist schon aus dem Grunde unzulässig, weil hierbei das wertvolle Glycerin, welches die Seife enthält, nicht gewonnen werden kann, sondern verloren geht. Da das Glycerin eines unserer wichtigsten Kriegsvorräte ist, bedeutet jede Vergeudung des wertvollen Materials eine Beeinträchtigung der Landesverteidigung. Mit den geringen Vorräten der vorhandenen Seifen sollte in den Haushaltungen auf das sorgsamste gewirtschaftet werden. Noch immer wird bei der Seife in unzureichender Weise Seife verwendet. In vielen Fällen wird hochwertige Kernseife oder Schmierseife verwendet, wo der angestrebte Zweck schon gut durch Verwendung billiger Waschpulvers erreicht werden kann. Vor allem aber sollte gegenwärtig ganz davon abgesehen werden, Seifen oder Seifenpulver zum Reinigen von Geschirren oder zu Schmierstoffen zu verwenden. Für diese Zwecke sollte ausschließlich eine warme Soda-Lösung benutzt werden, die dieselben Zwecke leistet wie die wertvolle Seife.

Stieren Kreuz ausgegründet.

Stierengründungs-Ausschuss, beim St. Landeshauptmann, a. H. Unteroffizier beim Inf.-Regiment Nr. 39 i. Nordfrankreich, nachdem derselbe bereits bei den Hofeinstellungen die baltische silberne Verdienstmedaille erhalten hat.

Sonstige Auszeichnungen: Für besondere Tapferkeit wurde der Gefreite Georg Robt. Kohnenhausen Weiman, mit der balt. silb. Verdienstmedaille ausgezeichnet.

* Militärische Beförderung. Hauptwachmeister Max Maria Mühlbacher der 6ten. Inf. und Hauptleutnant G. u. d. d. in Sedanheim, welcher seit Beginn des Krieges im Felde steht und sich wiederholt durch vorzügliche Vorkämpferleistungen auszeichnet, wurde zum Hauptmann befördert.

* Neuregelung der Sonntagsruhe. Die schon berichtet wurde, hat der Kleinhandelsausschuss in seiner letzten Sitzung die Vorläge des Stadtverbandes Mannheimer Detaillisten zur Neuregelung der Sonntagsruhe einstimmig genehmigt. In einer Beschlusse vom 16. März wurden sie auch von den Vertretern des Angestelltenvereins der Handelkammer angeordneten Angestelltenverbände unterzeichnet, die an dieser Angelegenheit beteiligt sind. Die Vorläge, deren Fortschritt gegenüber der jetzigen Lage volle Anerkennung fanden, wurden ebenfalls einstimmig entgegengenommen und die Handelskammer gebeten, für eine möglichst baldige Einbringung der neu vorgeschlagenen Bestimmungen einzutreten. Demgemäß hat auch die Handelskammer umgekehrt die Vorläge des Stadtverbandes beim Stadtrat zur Beschlusse mit ihm im Interesse der Beteiligten, insbesondere der Angestellten, gebeten die Angelegenheit möglichst schnell an Ende zu führen.

* Der Verband Südwestdeutscher Industrieller hat auf Antrag seines geschäftlichen Ausschusses für das Rote Kreuz den Betrag von 20 000 M. gestiftet und hiervon den Betrag von 15 000 M. dem Minister des Innern zu Anwesen des Roten Kreuzes gegeben lassen. Dieser hat den Betrag dem Badischen Landesverein zum Rote Kreuz überliefert.

* Papierkaufung des Roten Kreuzes Mannheim. Wir weisen auf das in dieser Nummer enthaltene Inserat, welches eine zum Ausschneiden bestimmte Karte zur Abholung enthält, hin. Die Sammlung soll von Zeit zu Zeit wiederholt werden. Jedermann hat Gelegenheit, durch Abgabe von Papier dem Rote Kreuz für seine vielfältigen Aufgaben eine Unterstützung zu leisten und gleichzeitig unserer Papierindustrie durch Beschaffung von Material zu helfen. Wir machen nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Abholung stets durch einen mit dem Rote Kreuz beauftragten Wagen und durch Personen erfolgt, welche nummeriert, mit dem Stempel des Roten Kreuzes versehen Ausweisarten ausfinden bei sich tragen. Die Abholenden sind verpflichtet, ihre Ausweisarten unangetastet vorzulegen. Andere Personen sind zur Abholung für das Rote Kreuz nicht berechtigt.

* Der Wälderwald-Reis ist mit: Es ist schon mehrfach die Beobachtung gemacht worden, daß die Wälder auf dem Lande wohl gerne ihren köstlichen Früchten Wein im Weintraubenverlauf, aber in vielen Fällen nicht dafür Sorge tragen können, daß zu dem mitgebrachten Brot eine behelfende Auflage, z. B. Butter oder Käse, gemacht werden kann. In den nächsten Sonntagen der Samstags werden um viele Städte wohnen die Engel der Heerde mit Bergstraße bestimmt. Dienen kann nur empfohlen werden, ihren Tagelohnern trübsal mitzunehmen, da in den Bundesstaaten mit einer Bevölkerung wie in normalen Zeiten kaum genügend werden kann.

* Kochvorschriften in der Harmonie. Die Kochvorschriften in der Harmonie finden in dieser Woche zum letzten Mal statt, da die Anwesenheit der Lebensmittelpolizei überprüfte Sparsamkeit verlangt und deshalb das Austreten von Kostproben nicht mehr am Platze ist. Es wird an diesem Mittwoch und Freitag, abends 7.30 Uhr, ebenso am Donnerstag um 4 Uhr das Jubiläum des Zichorien-Erntes in verschiedener Form gezeigt; zum diesbezüglichen Gemüße richtig zubereitet wird, fällt der bittere Geschmack völlig weg. Außerdem wird das Weizen von Hefe und Hefe in der Sonntagsküche gezeigt. Beizblätter über den Gebrauch der Döle sind zu 3 Uhr in der Harmonie und im Laden zu haben. In einigen Wochen soll dann, wenn Spinnat und Salat auf den Tisch kommt, in der Harmonie das Obere der Gemüße, das sich als sehr geschmackvoll erweist, gezeigt werden und später werden wieder wie im Vorjahre Obervormittagskurse eingerichtet. Der Vertrieb der Stadtkasse findet weiter im Laden E. L. 14 statt; dort werden auch Vorlesungen zum Selbstunterricht der Köchinnen gegeben.

(Frau Kub), der trauernden Verwandtschaft und der teils medianten, teils ergötlichen Hofgesellschaft (die Herren Gabel, Adert, Loh und Frau Gummel) eine reine Freude haben und sie dankbar dankten wie das gefällige, zahlreiche Publikum. F. S.

Wohnabend Joseph Sziget.

Die Befugnis des dritten Konzertes unserer Philharmonischen Verein im Winter 1912/13 hatten gestern Gelegenheit, einen jungen Geiger wiederzusehen, der schon heute dem allerersten seines Hauses unangefochten ist. Joseph Sziget, der gestern mit Amalie Klose aus Karlsruhe erschienen war, besitzt die drei Kardinaltugenden der Violinvirtuosität: Reinheit der Intonation, Schönheit des Tons und Dynamik in vollkommener Vollkommenheit. Sein warmer, lieblicher Ton stimmt in den kühnsten Stellen unmittelbar gelassen und eine glänzende, in der Spitze Kuban's erworbenen Technik läßt ihn die schwierigsten Probleme reiflos lösen. Mit seiner Auffassung von Beethovens' Emoll-Sonate konnte ich mich zwar weniger bekunden. Hier fehlte der große Zug, die unwillkürliche Entfaltung und schlichte Größe, die Beethoven erschließt, so geschmackvoll auch manches, wie das Adagio Con moto, gespielt wurde. In Corelli's La Folla, dem bewährtesten Thema mit Variationen in D-moll, hatte Sziget einen ebenso glücklichen, als musikalisch interessanten Griff getan. Er bot die einzelnen Variationen, vor allem auch die für Violine allein, wie (Fortsetzung auf Seite 4)

Beratung des städtischen Voranschlags für 1916

am Dienstag, den 21. März 1916.

1. Tag.

Die Generaldebatte

mit der gestern die Beratung des städtischen Voranschlags für 1916 begonnen wurde, wurde durch

Oberbürgermeister Dr. Ruper

mit einer etwa anderthalbstündigen Rede eingeleitet, über die wir bereits in letzter Nummer in Kürze berichtet haben. Wir geben nachstehend die Ausführungen ausführlicher wieder, wobei wir betonen, daß die durch die Verhältnisse bedingte Raumbeschränkung keine wortwörtliche Veröffentlichung gestattet.

Es bedarf kaum eines Wortes darüber, daß der Voranschlag in seinem Inhalte keine Freude macht, daß er vielmehr nur aus dem Zwange der Umstände heraus erträglich erscheinen kann. Der Haushaltsplan 1916 schließt in Einnahmen und Ausgaben ab mit 27.307.817 M.; Einnahmen und Ausgaben halten sich also äußerlich das Gleichgewicht. Aber da unter den Einnahmen 1.373.750 M. stehen, weil in diesem Betrage, das ist zu 71 Prozent ihrer Gesamtheit, die Abschreibungen nicht verwirklicht werden, und weil unter den Ausgaben 335.000 M. fehlen, welche die Wirtschaft an den Anleihefonds zu leisten hätte, so ist der Haushalt einem solchen ähnlich, der mit einem Fehlbetrag abschließt. Nicht zu vergessen ist, daß für eine Einnahme von 200.000 M. aus einer Tarifserhöhung der Straßenbahn noch die Beschlässe der städtischen Kollegien und der Vertrag mit Ludwigshafen fehlen. Auch so konnte der Voranschlag nur abgeschlossen werden durch eine starke Steuererhöhung; die Umlage ist auf 40 Mq. von 100 M. Vermögenswerten und auf 60 Prozent der Einkommensteuererträge gesteigert worden, aber nicht der staatlichen Normalrate, sondern — auf Grund des Gesetzes vom 25. Februar 1916 — der neuen höheren Kriegssätze, so daß etwa 100 Prozent der regelmäßigen, schon bei 36.000 M. den Satz von 4 Prozent erreichenden Einkommensteuer an die Gemeinde zu leisten sind.

Die Kriegsausgaben im engeren Sinne sind im Voranschlag nicht enthalten; die Zinsen der für Kriegszwecke aufgenommenen Anleihen belasten den Voranschlag. Der Krieg hat auf unseren Voranschlag starke Wirkungen gehabt, unmittelbare und mittelbare. Die ungünstigen Wirkungen lassen sich schätzen, indem man die Friedensentwicklung als auch während der Kriegsjahre fortgesetzt annimmt; man kommt auf einen Betrag von etwa 4.100.000 M., zu welchem noch der Aufwand für Teuerungszulagen tritt; den größten Betrag, etwa 23 Millionen, macht aus, was die Stadt bei der beschlossenen Umlageerhöhung und der weniger erhöht, nämlich etwa 1.200.000 M.; weniger an Umlage selbst infolge des nicht gewachsenen, sondern gestiegenen Steuerfußes, und 1.100.000 M., weil starke Abschreibungen und Rückvergütungen zu veranschlagen sind. Die günstigen Wirkungen — sie sind nämlich selbstverständlich nur für das äußere Gesicht des Haushaltes — gründen in der erwähnten Kürzung der Erneuerungsfonds, der Unterlassung von Leistungen, der Verrechnung von Gehältern einbrüchiger Angestellten auf Anleihe, in Nichtbesetzung von Stellen und Einschränkungen des regelmäßigen Betriebes, z. B. der Schule; sie läßt sich zahlenmäßig auf etwa 3.200.000 M. berechnen, zu welchem dann noch einige Hunderttausende Mark insbesondere infolge der Entlassung der Armenhilfe und infolge der geringen Aufwendungen auf Neubereitungen, insbesondere von Straßen kommen können.

Für die Friedenszeit ergibt sich folgendes: Ein harter Teil der Unterlassungen und ungewünschten Deckungen muß verfallen; ein recht erheblicher Teil der ungünstigen Umstände, insbesondere der Minderung des Umlagenverhältnisses und des Anwachsen der Anleiheinsparnisse wird bleiben, vielleicht sogar sich zunächst noch steigern; gewisse Mehrausgaben, so z. B. die Vorrichtungen in Gehältern und Pensionen sind ganz unvermeidlich; — wir haben in rund 4,75 Millionen M. an Angehörten im Beamtenverhältnis, rund 3,25 Millionen M. an Lehrkräften, rund 2.640.000 M. an Arbeiter, rund 200.000 M. in Vergütungen verschiedener Art zu leisten. — Somit sind für die zukünftige Entwicklung des Haushaltes ernste Schwierigkeiten zu erwarten. Wenn die Stadt Mannheim ihre hohen Aufgaben zu erfüllen fortfahren will, wozu niemand zweifelt, so muß sie rechtzeitig daran denken, ihre wirtschaftliche Lage zu härten; sie hätte diese Pflicht auch gehabt, wenn die Erschütterung des Krieges und nicht anferlegt worden wäre.

Interessieren wir noch diesem Gesichtspunkte den Haushalt Mannheims einer Betrachtung. Es werden dabei die Verhältnisse anderer Städte verglichen werden müssen. Der zwingende Punkt ist die geringe Leistung der Betriebe. Was zeigen andere Städte? Nürnberg erzielt nach dem Voranschlag 1914 aus seinen Betrieben, den Werken, Märkten und Wägen, abzüglich der Aufwände des Friedhofs rund 2.791.000 M., das sind 22,9 Prozent des Reinertrages seiner Umlagen; Dortmund, das kein eigenes Wadwert besitzt, gewinnt doch auf die gleiche Weise rund 1.243.000 M., das sind 12,4 Prozent des Umlagenvertrages; Düsseldorf gewinnt nach Abzug der Aufwände zum Friedhof, Hofen, Tomballe 2.849.000 M., das sind 18,4 Prozent des Ertrages der direkten Steuern; Frankfurt a. M. gewinnt 4.573.000 M., das sind 17,5 Prozent des Ertrags der direkten Steuern; Karlsruhe erzielt aus dem Holzwerk, dem

Wasserwerk und den Märkten nach Abzug der Aufwände zum Friedhof, Schlachthof, Städtischen, Straßenbahn und Friedhof, das sind 16,5 Prozent der Umlage. Mannheim bleibt also mit 6,7 Prozent weit zurück. Auf das Ergebnis der Betriebe sind von erheblichem Einfluß die „Abschreibungen“ oder, wie man auch sagen kann, die Ableserungen an den Erneuerungsfonds. Sind unsere Abschreibungen etwa zu hoch? Sie betragen für Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke und Straßenbahn zusammen bei einem Anlagekapital von 41.700.000 M. rund 1.704.000 M. oder 4,14 Prozent. In der als richtig anerkannten Höhe sollten die Abschreibungen unter allen Umständen ebenso vermindert werden, wie etwa die verhältnismäßige Tilgung von Schulden; der für 1916 noch verbleibende Rest der Abschreibungen reicht höchst wahrscheinlich nicht einmal zur Deckung der im Jahre 1916 entsprechenden Ausgaben aus. Eine Vorlage über die Höhe der Abschreibungsätze, über die Verwendung der Zinsen, und über die Verwaltung der Fonds wird im Laufe des Jahres 1916 dem Stadtrat zugehen können. Die Fonds müssen dem übrigen Gemeindefortmögen gegenüber wie ein selbständiges Vermögen gelten.

Zeigen die Voranschläge unserer Werke wenigstens äußerlich Abschreibungen in vernünftiger Höhe, so fehlt ihnen doch gänzlich eine andere notwendige Ausgabe, vor deren Erfüllung es einen Heberisch nicht geben sollte. Erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit wurden den Beamten Nachschüsse auf Anleihegeld und Hinterbliebenenversorgung eingeräumt, seit noch kürzeren den Arbeitern und Angestellten. Anlangt das man von den Beamten — zumeist niedrige — Beiträge verlangt und wenigstens diese in Fonds gelegt, später hat man freigelegt die Beiträge einzahlen, aber den veräußerten Fonds keinen Erfolg gegeben. Dieses Verhalten könnte von den Beamten gemindert werden, während an die Beschäftigten der Handelsgesellschaft gebundene Betriebe zweifellos für Erfüllung derartigen Verpflichtungen sorgen müssen, es: sie Gewinn verteilen können, begründen sich die Städte lediglich mit der Zahlung der bereits angefallenen Pensionen. Bei der Jugend dieser Anstalten und ihres Personals sind diese Jahresbeiträge oft, so auch in Mannheim, recht klein. Die Mannheim-Ludwigshafener Straßenbahn zahlt für 1916 ohne Berücksichtigung der Teuerungszulagen laut Voranschlag rund 2.160.000 M. an Gehältern und Löhnen; an Arbeitsgehältern, Witwen- und Waisengeldern sind aber nur vorgesehen 8000 M., also noch nicht 0,4 Prozent! Für jene Beamten, die erst nach dem 1. Januar 1916 rückgehobelt werden oder noch werden, hat München einen Fonds begründet; es legt in diesen 15 Prozent der Gehälter dieser Beamten ein. Wie der Arbeiter legt München 10 Prozent der Löhne in den Versorgungsfonds für städtische Arbeiter ein. Ein solches Vorgehen, das der versicherungsgemäßen Natur der eingeräumten Ansprüche entspricht, verdient unbedingt Nachahmung. Würde Mannheim so verfahren, so würde sich der ganze Heberisch unserer Betriebe in Rauch auflösen. Und doch muß dieser Forderung ernste Beachtung geschenkt werden; dies gilt nicht nur für die Betriebe, sondern auch für die Verwaltung überhaupt.

Wie erklärt sich nun der auffallend niedrige Heberisch unserer Betriebe? Bei der Straßenbahn sicherlich zum größten Teil aus den zu niedrigen Tariffätzen; darüber sind ja besondere Verhandlungen im Gange; sie müssen dazu führen, daß dieser Betrieb wirtschaftlich ein eigenes Leben führt. Beim Gaswerk läßt sich eine zureichende Rente nicht bekommen; die Menge des Gasverbrauches läßt sich aber noch steigern (vgl. Karlsruhe). Unser Einzelstern von 13 Prozent ist allerdings sehr niedrig und entspricht den Friedenszeiten solcher rheinischen Städte, die für Kohle infolge ihrer Lage zum Kohlengebiet erheblich weniger zahlen als Mannheim (z. B. Köln, Düsseldorf). Das Elektrizitätswerk kann sich an abgehenden Strommengen mit anderen Städten abhändler Gröhe nicht messen; so ist und Dortmund hierin weit über; Dortmund liefert denn auch 1914 nach Voranschlag 956.000 M. an die Stadtwerke ab. Mannheim nur 229.000 M., während die Einwohnerzahl sich wie 107:100 verhalten. Die Tarifgrundlage des Wasserwerkes ist ansehbar, das Ertragsverhältnis aber ansehbar. Unser Industriezweig ist eine Schöpfung eigener Art; der für ihn erforderliche Aufwand wird sich mindern, wenn das Gaswerk noch besser als bisher ausgenutzt sein wird. Das der Schlacht- und Viehhof mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließt, muß befristet werden; die erforderlichen Erhebungen sind eingeleitet. Nehmen wir von dieser kurzen Betrachtung über die Betriebe mit der Ueberzeugung Abschied, daß die Erhaltung und Steigerung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Stadt eine ebenso wichtige Aufgabe ist, wie die, das, was sie hiesigen und hiesigen Wägen, in bester Form unserer Bevölkerung nutzbar zu machen.

Von den übrigen Gemeindefortgruppen ist nicht unerheblich jene des Kapitalsvermögens. Es handelt sich um Kaufschillinge und Wertpapiere des Grundstods; vor allem aber um die Erträge der Erneuerungsfonds, die zum Teil in „Beisetzungen“ angelegt sind. Notwendig erscheint, aus dem „Grundstod“ die Grundstückerwerbungen und „Veräußerungen“ und die Straßenbaukosten und ihre Einziehung anzuschneiden und beides als geforderte Unternehmungen zu behandeln.

Die Verbrauchsteuer und öffentlichen Ausgaben lieferten 1913 nur 546.000

Mark und waren in der nämlichen Höhe für 1914 veranschlagt, das sind ziemlich genau 5 Prozent des Umlages aus direkten Steuern (Umlagen). Die wichtigste der Einnahmen bildet die Bier- und Weinsteuer, auf die mehr als die Hälfte des erwähnten Betrags, nämlich 287.000 M. entfallen, für 1916 freilich viel weniger (nur 111.000 M.); die Steuer ist noch nicht in ihrer vollen reichsrechtlichen Ertragskraft ausgenutzt. Schlicht schneidet Mannheim bei den übrigen Steuermöglichkeiten ab. Die Immobiliensteuer konnte in Düsseldorf 1914 mit 700.000 M. angelegt werden, in Mannheim nur mit rund 100.000 M. (Verhältniszahl 188). In Preußen nimmt der Staat für sich 1 Prozent des Umlages, und gestatten der Gemeinden mit facultativer Genehmigung Zuschläge. Diese betragen z. B. in Düsseldorf 2 Prozent bei unbekannt, 1 Prozent bei bebauten Grundstücken. Auch Dortmund gewinnt 200.000 M.

Von den gegenwärtigen Aufwandssteuern ist die Hundesteuer vielleicht die älteste. Preußen und neuere auch Bayern überläßt diese Steuer ganz den Gemeinden, Baden nimmt die Hälfte der gewöhnlichen Abgabe für sich in Anspruch und überläßt den Gemeinden zwar Zuschläge, aber wieder nur von gesetzlich beschränkter Höhe; Mannheim hatte bisher nicht einmal von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht. Düsseldorf veranschlagte für 1914 diese Abgabe auf 140.000 M., Dortmund auf 78.000 M., Mannheim trotz des geringen Satzes auf 45.000 M. Eine andere Aufwandssteuer, die gesetzlich offen stünde, hat Mannheim nicht, — die Abgabe von Vergütungen (Lustbarkeiten). Das Ertragsverhältnis dieser Abgabe ist für 1914 in Dortmund mit M. 235.000, in Düsseldorf gar mit 630.000 M. veranschlagt. Wir werden in Mannheim den Versuch auf diese Abgabe nicht weiter anzuwenden erhalten können; ob bei der Regelung der Abgabe eine Schonung der edlen Unterhaltung möglich ist, wird sich finden. Die preußischen und bayerischen Städte sind Mannheim gegenüber im Vorteil; im ganzen kann Köln aus den eben erwähnten Abgaben im Voranschlag für 1912 11,8 Prozent des Ertrages der direkten Steuern ansetzen, Düsseldorf 15,5 Prozent, Frankfurt 11,8 Prozent, Nürnberg 15,9 Prozent, Mannheim aber nur 5,7 Prozent, Karlsruhe 6,3 Prozent.

Damit kommen wir auf den Ausgangspunkt der Betrachtungen über die Einnahme zurück: die Umlage. Wir sehen heute infolge des Krieges ein sehr beträchtliches Ansteigen der Gemeindeforträge allenfalls in Deutschland. Von 110 freireicheren preussischen Städten haben 1912 69, also mehr als die Hälfte, 200–280 Prozent der staatlichen Einkommensteuer erhoben; die Zahl dieser Städte wird 1916 noch stark wachsen und nicht wenige werden 250 Prozent übersteigen. Neben dieser Erhöhung einher geht in Preußen nicht selten die Erhöhung der Grund- und Gebäude- und der Gewerbesteuer, oder einer dieser beiden Steuern. Die badischen Städte müssen beklagen, daß sie, wie bei so manch anderer Ordnung ihrer Verhältnisse, auch hier sehr eingeengt sind; gerade weil Baden ein Staat mit verhältnismäßig wenigen größeren, aber in ihrer Art doch so verschiedenen Städten ist, mühte und könnte die selbständige Regelung in demselben Umfang ausfallen werden, wie in Preußen. Welche der Krieg, dessen Wirken Deutschland vielleicht noch für längere Zeit einem geschlossenen Wirtschaftskreislauf ähnlich macht, den verschiedenen deutschen Bundesstaaten wenigstens ähnliche Grundlagen ihrer Steuerpolitik bringen.

Mannheim hat mit 40 Mq. Umlage auf das Vermögen das Maß des Ertragslichen erreicht; die gesamte Vermögensbesteuerung beträgt jetzt schon bei größeren industriellen Betrieben 0,22 Prozent des Reinertrages, zu welcher doch noch die nicht geringe Einkommensteuer sich gesellt. Eine Erhöhung dieses Umlagenmaßes mühte aber schon dann eintreten, wenn die durch das Gesetz vom 25. Februar 1916 ermöglichte härtere Veranlagung des Einkommens in der Tat nur auf die Jahre 1916 und 1917 beschränkt bliebe. Aber auch wenn in irgend einer Form der Inhalt dieses Gesetzes bestehen bleibt, kann Mannheim, wenn es die Umlage auf das Vermögen nicht weiter erhöhen will, umsofort dazu gezwungen werden, auch mit der Belastung des Einkommens einzustimmen. Welcher ist eine Umgestaltung des Gesetzes unumgänglich notwendig. Bei dieser Umgestaltung sollten folgende Grundgedanken verwirklicht werden:

1. Die Befreiung des Einkommens, also die Steuer nach der „Leistungsfähigkeit“, muß das Maßstab der Gemeindefortsetzung bilden.
2. Die gemeindliche Besteuerung des Reinertrages muß zulässig sein zur besseren Erfassung der durch Vermögen gesicherten Leistungsfähigkeit; etwa in demselben Verhältnis, in welchem das Vermögen diese Aufgabe in Ergänzung der Staatseinkommensteuer für den Staat erfüllt, muß es sie auch für die Gemeinde übernehmen.
3. Die Befreiung des Reinertrages ist zwar für die Längere und des industrielle Vermögen, in geringem Maße auch für das Handelvermögen, unentbehrlich zum Ausgleich der durch die Gemeinde verursachten Lasten und in Anbetracht der durch den Gemeindefortbestand ihm zugehenden Vorteile; das Maß dieser Befreiung muß aber beschränkt sein (vgl. hierzu den Entwurf der Revision des preussischen Kommunalabgabengesetzes §§ 55 und 57).
4. Innerhalb gesetzlicher Schranken steht der Gemeinde die autonome Regelung frei.

Unter den größeren Ausgaben Gruppen erhebt sich zunächst der Schuldendienst Auf-

merksamkeit. Der Voranschlag 1916 fordert an Verzinsung und Tilgung der Schulden abzüglich der 2.915.000 M. ausmachenden Beiträge der Werke noch 2.906.000 M., das sind 22 Prozent des Ertrages der Umlage. Unsere Schulden betragen zu Ende 1915 rund 108.200.000 Mark. Von diesem Betrag sind etwa 7.000.000 M. auf Kriegszwecke zu buchen. Außer der Kriegsanleihe verbleiben noch 45–50 Millionen Mark, die im wesentlichen Schulden für nicht erneuernde Zwecke darstellen. Die Stadt Mannheim hat in den letzten Jahrzehnten recht viele Ausgaben, die in anderen Städten aus Wirtschaftsmitteln — wenn auch teilweise — gedeckt worden wären, an Anleihen verwirklicht. Die Folge ist, daß wir im Jahre 1915 an 3 Millionen für Zinsen und Tilgung aufwenden müssen. Dabei sind die Tilgungsbeiträge sehr mäßig. So kommt es, daß vor 1911 nicht eine einzige der seit 1865 aufgenommenen Anleihen getilgt, die meisten aber erst nach 1910 heimgekehrt sein werden, eine sogar erst im Jahre 1965. Mannheim bedurfte nach dem Haushaltsplan für 1914 für den Schuldendienst abzüglich der Zinsen aus vorübergehend angelegten Anleihegeldern und ungetilgten der Leistungen aus dem Anleihefonds und die Rücklage von Vorkaufleistungen — 4.600.856 M.; nach Abrechnung der Beiträge der Unternehmungen — zu insgesamt 2.796.630 Mark verbleibt eine Reinnahme von 1.804.176 Mark. Dortmund hatte 1914 infolge der erwähnten hohen Tilgungsraten für rund hundert Millionen Schulden einen Aufwand von Mark 6.948.000; es betrug 4.684.000 M. aus Zuschüssen seiner Werke und Kassen, zu welchen auch die Kanalisation und Wasserleitungsanlage gerechnet werden dürfen, weil diese Werke sich aus eigenen Einnahmen erhalten; der verbleibende reine Aufwand ist also 2.310.000 M.

Welche Maßnahmen wären zu ergreifen, um das Anwachsen der Schulden zu vermindern? Auf Anleihen soll grundsätzlich nur überwiesen werden, was eine entsprechende Rente abwirft. Für große Ausgaben, wie z. B. für Brücken, Schulbauarbeiten müssen Fonds bereitgestellt werden; die Fonds sind zunächst zu sparen; bis sie ausreichend gefüllt sind, hat die Erfüllung zu warten. Ausgaben für außerordentliche Maßnahmen, die einem Wirtschaftsjahr nicht auferlegt werden können, mögen aus einige Jahre, aber nur auf einige wenige, verteilt werden. Zur Sperrung der Fonds mögen dienen grundsätzlich alle Ueberflüsse einschließlich der etwa gegen den Voranschlag höheren rechnungsmäßigen Erträge der Werke — ein Teil dieser Ueberflüsse muß freilich der Tilgung der Kriegsanleihen zugewandt werden. Andere Fonds müssen in die Haushaltspläne eingestellt werden. Wir haben jetzt außer den Erneuerungsfonds, die aber in diesem Sinne Fonds gar nicht sind, nur 343.000 M. für Schulbauarbeiten eingestellt. Vergleichen wir wiederum andere Städte, Dortmund überweist 1914 200.000 M. dem Grundstodfonds, dann dem „Extraordinarium“ 500.000 M. aus Ueberflüssen der Vorjahre und 436.000 M. aus der Wirtschaft des Jahres 1914.

Eine Ausgabengruppe von harter Bedeutung bilden die öffentlichen Wege, Straßen, Brücken, Plätze, Anlagen. Nach Abrechnung der Umlagenverträge erfordern sie im Voranschlag 1916 über 2.150.000 M. Davon befinden sich Neubereitungen von Straßen in der Höhe von 214.000 M., alles übrige verbleibt im wesentlichen der Betrieb. Daß in Mannheim die Straßenerhaltung nicht durchaus erträglich ist, ist bekannt; es war beabsichtigt, einen Plan für rasche und umfassende Wässerung aufzustellen; der Krieg hat nicht nur die Fertigstellung des Planes, sondern auch seine Durchführung gehindert. Inzwischen werden in den kommenden Jahren für diesen Zweck wieder reichliche Mittel bereitgestellt werden müssen, die unseren Haushalten belasten. Eine Minderung des Straßenvertrages wird angedacht werden dürfen; sie kann freilich spät. Einen recht hohen Betrag erfordert die Straßenerhaltung und Beseitigung mit 728.000 M. Nach dem statistischen Jahrbuch deutscher Städte Band 20 haben 30 von 65 Städten, auf welche sich die Erhebung erstreckt, die Kosten der Straßenerhaltung voll oder teilweise auf die Grundstodbesitzer; sie betragen doch 28–100 Prozent ihrer Kosten; unter diesen Städten ist Mannheim (auch Dortmund) nicht; es hat wiederum alles auf die „Umlage“ übernommen, daran ist auch kaum mehr etwas zu ändern. Daß in Mannheim die öffentlichen Anlagen und sein bald dort große Mittel beanspruchen, ist bekannt. Der Aufwand übersteigt nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl gemessen jenen manch anderer Großstädte. Niemand wird wünschen, daß in dieser Hinsicht weniger, eher, daß noch mehr gefehle; man darf die Lage und die Anbahnung unserer Stadt nicht vergessen, auch nicht, daß die Grünanlagen, Wälder und Kien die Gesundheit und die Lebensfreude erhöhen. Die Einrichtungen der Gesundheitspflege und der Sicherheit (Wälder, Wasserbauten, Entwässerung, Müllabfuhr, Desinfektion, Grabenentleerung, Wohnungshygiene, Wälder, Bedürfnisanstalten usw.) belasten den Voranschlag 1916 (angerechnet die Umlagenverträge) mit 491.000 M. Nicht alles Mögliche ist auf diesem Gebiete vorgekehrt; zu erinnern ist an die höchst unzulängliche Art der Müllbeseitigung; es muß nach dem Kräfte gesungen, ohne nennenswerte Mehrkosten diese fast gesundheitswichtige Einrichtung durch eine bessere zu ersetzen. Was das finanzielle Gebiet anlangt, so muß betont werden, daß in obiger Summe die Verzinsung und Tilgung unserer Kanalisationkosten steht; da der Anleihebetrag 14 Millionen M. ausmacht, so erhebt sich

einen Schreien von mindestens 700 000 M. Mannheim kann aus seiner Abgabe von 0,75 Prozent des Wertes der Gegenstände nur die Betriebskosten der Kanäle decken. Die ganze Ausgabe auf Verteilung der Kanäle belastet in Mannheim wiederum die „Umlage“. Ganz anders das Bild in anderen Städten. Dortmund hat 1914 eine Ausgabe auf Kanalisation und Regenwasser von 1 011 000 M., darunter von 631 000 M. auf Verteilung und Tilgung 1,75 Prozent) der Umlage; die große Ausgabe wird ganz aus den Einnahmen gedeckt; unter diesen sind 850 000 M. aus Entwässerungs- und Abwasserabgaben.

Schulmäßigkeit- und Volkshilfs-Pläne (Armen- und Waisenpläne; Krankenhaus, Arbeitslosenfürsorge, Zuschüsse an Vereine usw.) nehmen nach dem Haushaltsplan 1916 nach Ausschreibung der Mietanschläge 2 260 000 M. auf, das sind 16,2 Prozent des Umlagenbeitrags in Anspruch wobei die unter diesem Titel vorgetragene „Vermittlungsstelle“ nicht berücksichtigt ist. Der Zuschuß zum Krankenhaus ist betragsmäßig; er fordert eine Prüfung, ob nicht die Gehaltserhöhungen zu erhöhen sind. Sehr erheblich und rasch gestiegen (1910 noch 390 000 M.) ist der Aufwand für das Armenwesen im engeren Sinne (Zuschuß 1916: 1 512 000 M., für 1914: rund 1 330 000 M.). Der Aufwand für Armenpflege war in Dortmund für 1914 vorgesehen auf 926 000 M., in Karlsruhe auf 584 000 M., in Frankfurt auf 2 910 000 M. Der Krankenanstalt wird sich in den kommenden Jahren kaum mindern, wahrscheinlich wird er wachsen; das Jahr 1916 bringt infolge der Entlastung durch die Kriegsfürsorge und die Reichswehrmittel kein Ansteigen der Ausgaben gegenüber 1915. Es wäre sehr erwünscht, wenn die Stadt ihre Wohlfahrtsanstalten erweitern könnte; ob sie selbst in den nächsten Jahren in der Lage sein wird, die erforderlichen Fonds anzusammeln, das ist wohl recht fraglich.

Die Pflege der Kunst, Sammlungen, Bibliotheken usw. belasten den Haushalt mit rund 847 000 M., das sind 6 Prozent des Umlagenbeitrags; hiervon entfallen auf das Theater 613 000 M. Was wir für wissenschaftliche Institute, Bildergalerien, Museen, Musikpflege geben, ist durchaus nicht übermäßig und wird von mancher Stadt überboten; die Sammlungen soll Mannheim allmählich durch die Opferwilligkeit der Bürgerchaft das wieder geben, was es durch die Kunst der früheren Jahre besaß. Das badenweiser Theater, das übrigens zugleich städtisches „Opernhaus“ ist, mit geringeren Ausgaben sich behaupten könne, diese Hoffnung wird man aufgeben müssen. Man denke, daß an unserem Theater jetzt 307 Personen beschäftigt sind; das badenweiser Theater ist nicht nur ein wesentlicher Teil dessen, was für das Ansehen Mannheims entscheidend ist, sondern auch ein Hauptteil dessen, was unserer Stadt Ansehenskraft verleiht. Abgesehen von diesen mehr äußerlichen Gesichtspunkten würden wir ein Stück von uns selbst fortnehmen, wenn wir das Theater durch niedrigere Dotation auf eine niedrigere Stufe zu senken. Die Dotation sollte freilich nicht zu so hohen Beträgen auf der Umlage ruhen, sondern mehr als bisher aus der Bürgerchaft fließen und zwar in Form eines recht regen und festen Beitrags; insbesondere müssen wir erwarten, daß die Abonnenten sich wieder geben.

Die Verwaltung der Stadt mit ihren Bezügen — den Beamten, dem Grundbuch- und Katasteramt, den Gemeindegremien usw. — erfordert für 1916: 1 104 000 M., das sind 8 Prozent des Umlagenbeitrags; dabei sind allerdings 475 800 M. Zuschüsse der Stiftungen, der Unternehmungen für Rechnung- und Kassenangelegenheiten zum Aufwand der Hauptverwaltung abgerechnet. Man wird aber kaum feststellen können, daß unsere Verwaltung weniger ist, als die anderer Städte, wohl aber, daß sie schwächer ist; die Zahl der vorliegenden Mitarbeiter der Stadtverwaltung ist sogar eine aufsehenerregende und niedrige. Ob eine Vereinfachung der Verwaltung möglich ist, darüber werden nach dem künftigen Erhebungen zu klären sein. Doch aber die räumliche Unterteilung nicht aller unserer Verwaltungsbereiche unterzubringen ist, hier also in besseren Zeiten Ausgaben zu machen sein werden, soll immerhin nicht unterdrückt werden.

Von einer Überforderung der Stadt für das Jahr anderer Belastung sind die Schulen, die für 1916 einschließlich des Schulbaufonds und der Ausgaben auf Vermittlungsstellen, jedoch abzüglich des Umlagenbeitrags 5 120 000 M., das sind 38,8 Prozent des Umlagenbeitrags erforderlich. Vergleichlich mit Mannheim wiederum mit Dortmund, dann mit Nürnberg und Karlsruhe hinsichtlich der Höhe und aller Fortbildungsschulen. Nach dem Vorschlag für 1914 erforderlich diese in Mannheim 4 211 000 M., einschließlich der Ausgaben für Vermittlungsstellen mit damals 1 211 000 M. Die gleichen Einrichtungen erforderlich in Dortmund 3 005 000 M., in Nürnberg 4 794 000 M., in Karlsruhe aber nur 1 867 000 M. Wie erklärt sich der so ungemein hohe Aufwand Mannheim? Drei Umstände treffen zusammen. Einmal die Schülervielfalt. Der zweite Umstand, auf den großes Gewicht zu legen ist, beruht in der Klassenbesetzung. Nach der gleichen Quelle war der Durchschnitt an den gebildeten Volksschulen (Mittelschule, Höheren Schulen) in Mannheim 36,4, in Dortmund 26,7, in Karlsruhe 39,2; die durchschnittliche Besetzung einer Volksschule aber in Mannheim 41, ebenso hoch in Karlsruhe, dagegen in Dortmund 39,2, in Nürnberg 31,06. — Übertragen in Köln 49,19, Düsseldorf 51,24, Duisburg 38,74, Essen 55,28, Frankfurt, a. M. 49,30. Nur in ganz wenigen größeren deutschen Städten sind die Schülerzahl unter das Mannheim'sche Maß. Der dritte Umstand ist die Höhe der Lehrergehälter. In Mannheim sind bei den Hauptlehrern gezahlt veranschlagt 2 788 000 M. (nicht eingerechnet ist die Vergütung für Lehrer-Unterricht). Demnach bezieht eine Lehr-

kraft durchschnittlich 3000 M.; in Dortmund sind für 800 Lehrkräfte vorgesehen 1 761 000 M., demnach für eine Lehrkraft: 2180 M. Die Mannheimer Lehrerschaft bezieht nicht nur die höchsten Gehälter in Baden, sondern gehört zu den am allerbesten bezahlten in ganz Deutschland.

Wir wollen uns all' dieser Vorgänge freuen, aber sicher ist, daß diese drei Umstände zusammen genommen natürlich die Kosten der Volksschulen gewaltig steigern müssen. Der Schulaufwand ist gerade in den letzten Jahren sehr hoch gestiegen. Nach dem statistischen Jahrbuch Bd. 30 war 1911 der Aufwand für Lehrkräfte in Mannheim auf einen Volksschüler bereits 84,58 M., dagegen in Dortmund 53,62 M., Köln 57,90 M., Nürnberg 68,36 M.). Die Zahl der Lehrkräfte an der Volks- und Bürgerschule einschließlich der Hilfsschulen war bei Aufstellung des Vorschlags für 1914: 769, bei Aufstellung des Vorschlags 1916: 1007. Schon dies beweist den unvermeidlich steigenden Bedarf dieses Fonds. Das Anwachsen des Bedarfs wird in der Zukunft dadurch gesteigert, daß Verbesserungen wenigstens noch einer Richtung umfangreich notwendig sind. Nach der Vorbereitung des Vorschlags 1916 würden nämlich 113 Lehrer 224 kombinierter Klassen leiten. Dieser Zustand, der noch aus einer vergangenen Zeit übermöglicher Sparmaßregeln, einer Zeit, die auch die nötigen Schulräume nicht beschaffen wollte, kann nicht beibehalten werden; der Unterricht kann für die Regel nicht auf der Höhe stehen, der von dem nünftigen Lehrer in übermäßig vielen Unterrichtsstunden an zwei völlig verschiedene Schichtabteilungen erteilt wird.

Die Stadt Mannheim wird weiter dafür sorgen müssen, daß der Unterricht durch angeordnete Lehrer mit vorzüglichen Schulleistungen erteilt wird; sie soll nicht waren an dem, was notwendig ist, um tüchtige Menschen heranzubilden; aber die Notwendigkeit, bei besten Einrichtungen und Lehrkräften nicht mehr als 40 Schüler durchschnittlich in einer Klasse unterrichten zu lassen, diese Notwendigkeit wird anzuerkennen sein. Hier müßten wir ansetzen, damit die unvermeidliche Steigerung des Bedarfs nicht andere Kräfte überfordert; die Zeit läuft mit; zu Oetern 1916 werden nicht mehr Klassen notwendig sein als zu Oetern 1915. Können wir auch die Einnahmen der Volksschule steigern? Die Einführung eines Schulgeldes auch an der Volksschule wäre zwar gewiß nicht grundsätzlich verwerflich, denn jede Verbesserung der Ormeibe darf auf Entgelt Anspruch erheben, aber gegen ein Schulgeld werden sich dort aus anderen Gründen starke Bedenken herausstellen kann also durch Einnahmen die Leistung der Stadt nennenswert gemindert werden.

Die Mittelschulen erfordern 1916 im ganzen 3 045 000 M. — ungedruckt die Umlagenbeiträge — infolge der Teilnahme des Staates an den Kosten ist die Stadt gegenüber preussischen Städten nicht allzu stark belastet. Mannheim ist mit seinen Schulgebäuden noch nicht bis zur Höhe der heutigen geangenen. Der Gedanke einer Erhöhung des Schulgebäudes hat bisher wenig Freunde gefunden. Grundfähig auch dem Unheimlichen, wenn er möglich ist, der Weg zu den Mittelschulen und den höheren Schulen offen stehen; der Staat hat alles Interesse daran, die tüchtigsten Kräfte zu den höchsten Aufposten einzustellen. Nach diesem Gesichtspunkt ist ein Schulgeld an sich nur, und zwar in erheblicher Höhe für denjenigen geboten, der trotz anscheinend geringerer Fähigkeiten höheren Studien obliegen will; im Übrigen müßte das Schulgeld nach der Leistungsfähigkeit und der Zahl der gleichzeitig an einer Formide die Schule befindlichen Kinder abgestuft werden. Ein derartiges Schulgeld ließe sich auch für Volksschulen denken, denn grundsätzlich ist zwischen den Schulen kein Unterschied.

Schließlich ist noch auf eine Ausgabe besonderer Art hinzuweisen — auf die Vermittlungsstellen. Die Leistung Mannheims (1 500 000 M.) ist sehr hoch. Dortmund hat 2 000 M. eingekauft, Düsseldorf 18 000 M., Karlsruhe 17 000 M., Frankfurt a. M. 2 000 M. Über 28 Prozent der Schüler werden in Mannheim von der Einrichtung Gebrauch, die zu den besten der Unternehmungsleistungen als gutes Recht erachtet. Man kann bedauerlichen Schulfindern freie Vermittlung gewähren, ohne daß die Mittel dafür davon Kenntnis erhalten.

Wäre man die Vermittlungsstellen einschränken, so könnte man für eine andere Maßnahme Mittel gewinnen, die ebenso wie die vor nicht umfassend genug zu gestaltende Schulgebäude-Verhältnisse im weitesten Umfang Förderung verdienen — nämlich beschützten, aber besonders tüchtigen Schülern den Versuch der höheren, gelehrten oder technischen Schulen zu ermöglichen. Für sehr bedürftige Schüler muß der volle Lebensunterhalt bestritten werden können; ja wannmal ist es unerlässlich, einen solchen Schüler sogar dem Elternhaus zu entziehen, einfach deshalb, weil er dort nicht die Sammlung für seine schulischen Schularbeiten gewinnen kann. Wenn man gibt höher 200 M. an bedürftige bedürftige Mittelschüler. Dieser Betrag, auf 75 000 M. auf, die Hälfte der jetzigen Ausgabe für Vermittlungsstellen erhöht — könnte 1600 mal mehr Segen stiften, als die Auswendungen an etwa 16—17 000 Volksschüler, die jetzt aus dieser Summe fließen.

Damit möge der Streik durch den Vorschlag beendet sein. Er hat gezeigt, daß in manchem Wandel geboten ist, daß die Ausgaben nicht sinken, sondern erheblich steigen werden. Die Verdrängung durch die Vorläufer des Fonds sein. Man möge auch nicht mit dem Wort „allen Schülern gemäß gut tun“ das Wohlge abtun. Ueber Gemälde rufschänder der Schmach, über Jagen die Vermittlung. Wenn statt neuer Unternehmungen auf vielen Gebieten, statt Verbesserungen und Pervollkommnungen, die durchzuführen dem Vorstand der städtischen Verwaltung eine hohe Freude ge-

währt hätte, heute überall, wo Spielraum sich bietet, weniger die schnelle Fahrt als ein bedächtiges Wandeln empfohlen werden muß, so soll auch dieses Heintoch (Schließlich dem Fortschritt dienen, der auf gesunder, wirtschaftlicher Grundlage beruhend, unserer Stadt und ihrer Kultur immer die Richtschnur geben möge!

Kurz nach halb 6 Uhr tritt eine vierstündige Pause ein. Nach Wiederanahme der Sitzung spricht

St. R. Pfeifle

namens des Stadtverordnetenverbandes das Wort. Redner will sich angesichts der erschöpfenden Ausführungen des Oberbürgermeisters auf einige allgemeine Bemerkungen beschränken. Er spricht den Bearbeiter des Vorschlags, insbesondere dem Oberbürgermeister, den Dank des Kollegiums aus für die gute Lösung der schwierigen Aufgabe. In wünschenswerten wäre die Vorlage der Abrechnung der städtischen Kassen für 1915 gewesen. Bei Besprechung des Vorschlags stellt der Redner fest, daß der Umlagenbeitrag um 7 1/2 % hätte erhöht werden müssen, wenn die Erneuerungsfonds nicht erheblich gekürzt worden wären. Die Schuldenentlastung erfordert 6 Mill. M., etwas mehr als der Oberbürgermeister ausgerechnet habe. Die Zuschüsse an die städtischen Unternehmungen weisen eine geradezu laienhaftige Höhe auf. Bei der Straßenbahn müßte verlangt werden, daß sie ihre Betriebsverhältnisse aus eigenen Mitteln decke. Ob an den Ausgaben für die Schulen etwas gespart werden könne, sei sehr zu bezweifeln. Es sei eine Idee für Mannheim, daß es so viel für die Schulen ausbe. Mit dem diesjährigen Vorschlag seien alle Mittel erschöpft. Man müsse alles anstreben, die Ausgaben in Einklang mit den Einnahmen zu bringen. Der Stadtverordnetenverband habe bei der Prüfung des Vorschlags den Eindruck gewonnen, daß wesentliche Kürzungen nicht vorgenommen werden könnten. Er empfehle deshalb die unveränderte Annahme des Vorschlags.

St. Rebl (Soy.)

begrißt die Aufmachung des Vorschlags, der es nun jedem Bienen möglich mache, sich darin zurechtzufinden. Der Inhalt bringe aber nicht viel Neues, darin stimme er mit dem Herrn Oberbürgermeister überein. Die Ansicht in die Finanzen anderer Stadt, die er gemacht habe, seien auch nicht erhaben. In manchen Ideen müsse man Herrn Dr. Rager folgen, wenn es zur Befriedigung unserer Verhältnisse kommen soll. Aber wie werden ihm Rechte anfragen, wenn er Einparungen an der Schule machen will durch Erhöhung der Klassenfrequenz. Was Volkswissen bedeutet und Volksschule, die auf Volkswissen gestützt ist, ist niemals mehr zur Geltung gekommen, als in jetziger Zeit. Die Leistungen unserer Truppen sind nicht mit höherer Kraft allein erreicht worden, sondern auch durch das Auffassungs- und Anpassungsvermögen. Auch was in Deutschland selbst während des Krieges an Organisation gefehlt worden ist, steht einzig da und wäre nicht erreicht worden, wenn nicht ein genügender Wissensfond vorhanden gewesen wäre. Zur Möglichkeit der Schaffung eines noch höheren Fonds muß man die Hand bieten, und die Schule ist dazu anzusehen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß gute Lehrkräfte auch gut bezahlt werden sollen und wir können stolz darauf sein, daß Mannheim mit der Ausgabe für seine Lehrkräfte an der Spitze markiert. Unsere Schulausgaben sind wohl ungewöhnlich hoch, aber besser können wir das Geld nicht anwenden. Mit großem Interesse läßt der Staat die Kosten, die er doch eigentlich zu tragen hätte, den Kommunen auf. Es wäre für den Herrn Oberbürgermeister eine dankbare Aufgabe, an der Spitze der städtischen Städte vorstellig zu werden — erst nach artartischem Muster —, bis der Staat sich seiner Verpflichtung in dieser Richtung nicht mehr entzieht.

Mit manchen Einstellungen in Einnahme und Ausgaben gehen wir nicht einig. Budgetmäßig für unzulässig halten wir bei den Einnahmen die Einstellung der Gehaltserhöhung bei der Straßenbahn in Höhe von 200 000 M.; es läßt sich doch nichts einsehen, was noch nicht bezahlbar ist. Auch wir sind der Meinung, daß sich der Straßenbahnbetrieb selbst erhalten könne, ob durch Tarifserhöhung oder sonstige Maßnahmen, muß sich noch zeigen, genau muß etwas werden. Einer Uebersehungsverletzung bei diesen Betrieben stimme er aber nicht zu. Die Straßenbahnfrage auch zur Lösung der Wohnungfrage bei und unter diesem Gesichtspunkte müsse man den Tarif bemessen. Der Gedanke der Grundbildung, wie ihn der Herr Oberbürgermeister in seiner Rede vertreten habe, sei ihm sympathisch, es frage sich nur, zu welchen Zwecken die Grundbildungen vorgenommen werden sollen. Die mit 900 000 M. eingeleiteten Einnahmemaßnahmen findet Redner zu niedrig und glaubt, daß irgend eine geheime Grundbildung dahintersteht, umso mehr, als die Umlagenanfrage auch zu nieder, die Umlagenübertragungen aber zu hoch eingestellt wären. Hier sei wohl der Ausgleich zu finden für die bei der Straßenbahn vertriebt eingeforderten 200 000 M. Ober man kann den Ausgleich in der Rechnung des Elektrizitätswerkes herbeiführen, bei der für Stromabgabe 200 000 Mark weniger einsehlich seien, als vorher. Die Einkommenssteuerverhöhung sei ihm unpopulär. Sie zu vermeiden wäre wohl möglich gewesen, aber dann hätte das Budget völlig ausgebeugt werden müssen. Bedauerlich sei es, daß es im Landtage nicht gelungen wäre, bei der Steuer die Staffeln mehr durchzuführen, damit man die Möglichkeit gehabt hätte, nach unten zu müden zu sein, nach oben aber kräftiger anzugreifen. Er hoffe, daß die Steuererhöhung nur für ein Jahre Geltung zu haben brauche und daß im kommenden Jahre die finanziellen Verhältnisse günstiger seien.

Man müsse darauf behacht sein, den Ausgleichsfonds so aufzubehalten, daß man in der Lage sei, ihn für eine Reihe von Jahren zum Ausgleich der Umlagen benötigen zu können. Strengste Sparsamkeit auf allen Gebieten sei am

Platz, die städtischen Betriebe müßten durch Einparungen oder sonstige Maßnahmen günstiger gehalten werden. Der Schlacht- und Viehhof müsse sich rentieren und es erwünsche sich, den Schlachtbetrieb vom Viehhofbetrieb einmal zu trennen, um eine bessere Einsicht in beide zu gewinnen. Tarifserhöhungen, die ungerathenartig sind und die Allgemeinheit treffen würden, müsse er seine Zustimmung verweigern. Bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sei es dringend geboten, neue Maßnahmen zu treffen. Seine Fraktion stelle die Forderung, daß sich die Stadtverwaltung mit Eigenwirtschaft befaßt, daß sie Gemüsebau, Viehzucht und Schweinemast betreibt und eine diesbezügliche Vorlage baldigt dem Stadtrat vorlege. Neues würde damit ja nicht geschaffen, andere Städte seien und in dieser Beziehung vorangegangen. In diesen Betrieben könne man Arbeitslosen beschäftigen. Wie die Eigenwirtschaft aber in Funktion trete, müsse man den Bedürfnissen etwas bieten und zwar in Form von Lebensmitteln, die zu billigerem Bezug aller Lebensmittel berechtigen. Die Differenz solle die Stadt oder nach besser die Kriegsfürsorge übernehmen. Eine weitere Art der Hilfe, die besonders den Kindern zugute komme, die in überaus großer Zahl heute unterernährt seien, hebt er in der Schaffung von Fabriken, wie sie die Stadt Köln bereits im Betrieb hat, die Kinderbewahranstalten ein fruchtiges Mittagessen das Alter zu 10 Wg. liefern.

Den Antrag des Zentrum auf Kürzung des für die Kunsthalle eingeleiteten Betrags um 30 000 M. bittet er im Interesse der Kunst und der Kunsthalle abzulehnen. Es sei ihr schon vergangenes Jahr viel gekürzt worden und zudem sei jetzt die Gelegenheit zum Wiederaufbau sehr günstig und der Kostlage der Künstler solle man ebenfalls hinhin. Wenn der Antrag auf Sparmaßnahmen gestellt sei mit dem Zentrum für den wolle, verweise er auf den Museumsanwendungsfonds, der viel eher eine Kürzung um 30 000 M. vertragen könne. Zu der ebenfalls vom Zentrum eingebrachten Resolution bezüglich der Luftkutschsteuer könne er in der vorliegenden Form keine Stellung nehmen. Diese Steuer würde aber ohnedies nicht ausbleiben, der Herr Oberbürgermeister habe sie in seiner Eingangsrede ja bereits in Aussicht gestellt.

St. König (nat.)

über aus: Ich will mich ganz kurz fassen. Die heutigen Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters waren für mich sehr interessant und gewinnen ihre hohe Bedeutung dadurch, daß der Herr Oberbürgermeister zum ersten Male Gelegenheit fand, seine kommunalpolitischen Anschauungen darzulegen. Diese Anschauungen werden wir prüfen und nach Gebühr zu würdigen wissen. Der Herr Oberbürgermeister erwartet auch sicher nicht, daß wir sofort dazu Stellung nehmen. Wir werden abwarten, welche praktischen Konsequenzen der Herr Oberbürgermeister aus seinen Anschauungen zieht. Eins weisen haben wir als Konsequenz seines Kommunalprogramms gefordert die Grundsteuererhöhung und die Müllgebührenordnung bewilligt, obwohl bei der Grundsteuer mehr gebührend die Meinungen geteilt waren. Wir werden im Laufe der Verhandlungen auch zu der Erhöhung der Straßenbahngelöhnen Stellung nehmen. Meine Fraktion wird den Herrn Oberbürgermeister in dem Besonderen unterrichten, den städtischen Haushalt sollte zu führen. Wir werden ihn auch unterstützen in seinen Bemühungen, neben den Umlagen auch andere Einnahmequellen für die Stadt zu erschließen. Wir werden ihn namentlich unterstützen in seinen Bemühungen, die Erträge der städtischen Betriebe zu erhöhen. Der Herr Oberbürgermeister hat dann darauf hingewiesen, daß ein gewisser beträchtlicher Bank in unserer Finanzgebarung darin liegt, daß wir eine Reihe von Ausgaben für absolut unrentable Zwecke ständig aus dem Geld genommen haben. Er hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, sich zu dem Grundgedanken bekennen wollen, daß die Kosten für unrentable Ausgaben nicht aus Anleihen genommen werden sollen. Das ist ein Grundgedanke, der hier schon viel erörtert worden ist. Ich erinnere nur an die Erörterungen, die sich an die sogenannte „Überkommenspolitik“ geknüpft haben. Es ist zweifellos richtig, daß nicht allzu viele Schulden für unrentable Anlagen gemacht werden dürfen, aber auch hier sind Kompromisse erforderlich. Wenn wir unser Rathaus nicht mit Hilfe von Anleihen ausgebaut hätten, dann wären wir wohl heute noch im alten Hause. Auch möchte ich sagen, daß es manche Dinge gibt, bei welchen die Grenze außerordentlich wenig sichtbar ist, insoweit es sich um rentable oder unrentable Anlagen handelt. Man wird doch als leitenden Gesichtspunkt, wie es bisher gewesen ist, betrachten müssen, daß bei Anlagen, die für mehrere Generationen bestimmt sind, die Kosten nicht allein von der lebenden Generation getragen werden dürfen. Da entspricht es einer gefunden Kommunalpolitik, auf dem Wege des Anleihens die Kosten zu verteilen. Etwas anderes ist es bei den Schulbauten. Ich glaube, es wird eine Aufgabe des Herrn Oberbürgermeisters sein, dafür zu sorgen, daß mit der Zeit ein kräftiger Schulbauverbaufonds sich bildet, welcher zu einem großen Teil es ermöglicht, die Kosten der Schulbauten nicht mehr lediglich aus Anleihen zu decken.

Ueber das Budget selbst kann man wohl viel sagen. Man kann es aber nicht ändern. Für alles, was wir jetzt sagen, haben wir keine festen Grundstoffe oder wie einigermaßen genaue Uebersicht darüber, wie die Entwicklung in der nächsten Zeit sein wird. Der Herr Oberbürgermeister hat erst und nächsten die Finanzen der Stadt Mannheim beurteilt. Er hat, da er erst kurz im Amt ist und zum erstmaligen öffentlich zum Budget Stellung nimmt, es mit Vorbehalt getan. Ich habe bereits gesagt, daß es unfer Wille ist, daß die Finanzen der Stadt Mannheim wie bisher solche gehalten werden. Allgemeine Erörterungen zum Budget sind sonst

nicht zu machen. Es liegen auch keine Anträge von grundsätzlicher Bedeutung vor. Durch die zwei Entwürfe des Bauamts wird das Aussehen des Bahnhofs nicht verändert. Herr Stadtd. Reitz hat sich, wenn er meint, daß wir bereitwillig sind, in keine Spezialdiskussion einzutreten. Wir haben nur beschlossen, daß die Spezialdiskussion möglichst eingeschränkt werden soll. Da, wo es notwendig ist, soll sie durchaus zulässig sein. Wir waren der Meinung, daß innerhalb dieser Diskussion ein Punkt mit aller Gelassenheit zur Bedienung kommen soll, der viel wichtiger ist als alles in der Generaldebatte gesprochene: die Fürsorge für Bedienungsmittel. Es wird dann auch die Erhöhung der Gebühren der Straßenbahn zu erörtern sein. Reiter macht sich gegen die Bedienung, die Stadtd. Reitz wegen der Einstellung der 200 000 Mark Mehrerlöse der Straßenbahn durch die beschlossene Tarifserhöhung geäußert hat. Der Posten steht in dem Augenblick zur Rede in dem Voranschlag, in dem Herr Reitz sich durch die Erörterung in der Spezialdiskussion entscheidet. Darin befindet er sich allerdings in Unberechtigung mit Herrn Reitz, wenn er sagt, daß es unannehmlich sei, daß sich derartige Forderungen nicht wiederholen. Im übrigen werden wir, so wichtig der Reiter, sehr unrichtig sein. Wir sind mit dem Fortschritt der Zeit bewusst, andererseits wissen wir aber auch, daß wir ein kluges Budget haben. Im Zukunft wird es allerdings nicht minder schwer sein. Aber wir werden uns bisher niemals Bestimmtheit oder feste Optimisten sein, sondern auf die Arbeitskraft der Stadt Mannheim vertrauen. Und diese Arbeitskraft der wertvollen Bevölkerung Mannheims wird es fertig bringen, daß die Stadt allen berechtigten Anforderungen gerecht werden kann. (Beifall.)

Städt. März (Fortsetz.)
 wird sich ebenfalls dazu äußern. Die Aufgabe des Herrn Oberbürgermeisters dürfte in der nächsten Zeit eine nicht gerade erfreuliche Aufgabe sein. Reiter ist auch der Ansicht, daß sich das Budget nicht verbessern läßt. Aber trotzdem denke man nicht so leicht in Zukunft zu malen, wie der Herr Oberbürgermeister. Man denke sich immer noch nicht so klug, wie manche andere Industriestädte. Reiter wird auf die unzureichende Erklärungen der erhöhten Mehrerlöse der kleineren Einkommen hin. Reiter hat auch die geringen Beiträge der städtischen Betriebe. Wenn man dem Hausbesitzer auch noch die Kosten für Straßenreinigung und Wasserung aufbürden wollte, so müßte er erwidern, daß dadurch das leiblich gute Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter nicht besser werden würde. Die Besette des Herrn Oberbürgermeisters wurde man mit großer Vorsicht prüfen. Was die Schulverschuldung betrifft, so müßte man bei Vergleichen mit norddeutschen Verhältnissen Rücksicht haben. Reiter ist für unerschöpflichen Optimismus, daß mit dem Fortschritt solcher neuen Leben in Mannheim einzuwirken wird. Reiter hat es sogar dahin, daß man, wie Oberbürgermeister Reitz schon sagte, in Mannheim in 20 Jahren überhaupt keine Umlagen mehr zu zahlen brauche.

St. R. Reitz (Fortsetz.)
 betrifft auch die Meinung, daß der städtische Haushalt auf die alte Weise nicht mehr weitergeführt werden kann. Es müßte ein besserer Einklang zwischen Einnahme und Ausgabe geschaffen werden. Die Einnahmen müßten erhöht, neue Einnahmeweisen erschlossen werden und größte Sparmaßregeln ergriffen werden. Der Antrag von einer Einnahme von 2400 Mk. auf 10 000 Mk. bei der Steuer ist für mich und eine andere Befürwortung wäre auch für erwünscht. Ich würde empfehlen Reiter dem Herrn Oberbürgermeister eine Erklärung, daß in den nächsten Jahren nicht Reiter zu hören sein, insbesondere beim Hochbau und beim Wasser- und Industrieamt. Deshalb der Reiter müßte Reiter er mit dem Oberbürgermeister überlegen, hier lassen neue Schulden aufnehmen werden nach Maßgabe des Einkommens, Vermögens und der Steuerkraft. Der Antrag auf Erhöhung von 30 000 Mk. bei der Steuer ist aus Sparmaßregeln nicht gestellt werden. Umzusetzen habe ihn die Verwaltung der 200 000 Mk. für

(Fortsetzung von Seite 2.)

auch den E-moll-Sonettensatz von Stadtd. in angedeuteter, imig besetzter Weise.
 Den künstlerischen Höhepunkt aber bildet Bach's herrliches Chorwerk, die wir allen so reich und klar in ihren doch schonen Verschlingungen so innig bewegt und grandios-kühnlich geföhrt als selten. Die drei Schlussnummern von Schubert, Kreisler und Schubert gehen dem Chorwerk einher und bringen, und hier enthält die Orgel eine Eleganz und Prägnanz des Spiels, die zur Verwunderung führt und zum Schluß gemüht hohere Volkstümlichkeit erreicht.

Schade, daß dem ausgezeichneten Künstler in dieser Rolle keine entsprechende, sondern, wie es schien, ziemlich ungeliebte Begleitorgel zur Seite stand. Sie mußte sich weder rhythmisch noch dynamisch den Instrumenten des Chors angefügen.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Theaterabend.
 Morgen Donnerstag findet das Gastspiel von Deutsches Theater als „Karpatische“ statt.

Am Samstag Abend findet ein sehr interessantes und interessantes nochmal die Theateraufführung „Karpatische“ statt. Die Aufführung, die die letzte in dieser Spielzeit ist, findet am Sonntag bei dem nächsten Besuch statt.

Die für morgen Abend, den 22. März, im National angeforderte Uebung und Unterricht von Herrn Reiter und Frau von Reiter mußte neu festgelegt werden.

Tarifserhöhung berührt und er hätte es lieber gesehen, wenn die Erhöhung der Tarifserhöhung vor der Budgetberatung verabschiedet worden wäre. Das Theater sollte mit 2 Pfa. Umlage, und es sei geboten, daß die Einnahmeverhältnisse im Theater verbessert würden. Die Umlagenenthöhung solle baldmöglichst in Kraft treten. Nach einer Begründung der von Reiter Fraktion eingebrachten Resolution zur Erhöhung einer Umlage für Theater, beantragte der Reiter noch, daß die aus dem Budget am angelegte Frage der Erhöhung des Gehalts der Beamten weit sei und keine persönliche Zustimmung und wohl auch die seiner Freunde haben würde.

St. Reiter (Mittelpartei)
 hofft, daß die von Herrn Dr. Reiter in seiner Erklärung zum Voranschlag ausgesprochenen Hoffnungen in Erfüllung gehen. Die Erhöhung der Umlage möge mehr nach der direkten als der indirekten Seite erfolgen. Auch er treibe für größte Sparmaßregeln, soweit sie möglich am Platze ist, ein. Bei der Tariffrage sei er unangenehm. Es frage sich, ob der Staat zu den Kosten der Erhöhung in höherem Maße beizutragen haben könne. Bei der Festlegung der Umlagehöhe müsse man beachten, daß die Steuererlöse einen erheblichen Einfluß auf den Betrieb unserer Industrie hätten. Wenn es zu einer Erhöhung der Straßenbahnfährt komme, würde er das tief bedauern. Für die von allen Reiter als wichtig anerkannte Wohnungsfrage bedauere er einen direkten Rückschritt. In der Wohnungsfrage müsse die Stadterhaltung schon jetzt für die kommende Zeit vorarbeiten, und auch auf diesen Gebiete solle die Stadt zum Vorkommen übergehen. Auf verschiedene Punkte der Generaldebatte vom Standpunkt des Konstituenten aus wollte er in der Spezialberatung eingehen.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wurde beim die Sitzung am Mittwoch nach 4 Uhr vertagt. Im Hinblick auf die Beratung des Haushaltsplanes soll sich der Bürgermeister noch mit einer Vorlage befassen. Die den Erfolg eines Ortsrates für die Sonntagsruhe betrifft.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Zur gestrigen Bürgervereinsversammlung.

Der Bürgerverein hat gestern, obwohl er bis um 3 Uhr lagte, die Generaldebatte über den städtischen Haushaltsplan für 1916 nicht beendet. Der Herr Oberbürgermeister hat heute noch zu verabschiedeten kritischen Bemerkungen der Fraktion eine Stellung zu nehmen haben. Die diesjährige Generaldebatte über den städtischen Haushaltsplan stellt eine besondere Bedeutung durch den Inhalt, daß unser Stadtd. Reiter zum erstenmal zu einer umfangreichen Stellungnahme das Wort ergreift. Was die etwa 100 000 Mark Ausgaben angeht, hat der Herr Stadtd. Reiter schon gesagt, daß der Haushalt dieses Jahres sehr gründliche und zeitnahe Studien voraussetzen sein müssen. Es war keine „schöne Rede“, sie lang nicht ansetzen in die Ohren. Sondern und wichtiger waren die Ausführungen, in der Konstruktion dem klaren Geist der Zeit entsprechend. Auf diesen Ton mußte auch die Betrachtung über einen Voranschlag gestimmt sein, dem die „Kriegsrisiko“ in ganz besonderer Weise eigen ist. Der Herr Oberbürgermeister machte seine Ausführungen besonders interessant durch die Vergleiche, die er zwischen dem Stand der Stadt Mannheim und dem anderer Städte zog, die ungefähr die gleiche Größe und Einwohnerzahl besitzen und ungefähr die gleiche Entwicklung genommen haben. Am meisten gefiel sich in diesem Falle Mannheim und Darmstadt.

Der Stadtd. Reiter nahm zunächst die wichtigsten Einnahmeweisen unter die kritische Lupe. Hier interessierte am meisten, wie die städtischen Betriebe auszuweichen. Im Allgemeinen ist dieses glücklicher als bei uns. Aber andererseits haben auch die Verhältnisse bei allen städtischen Betrieben etwas als bei uns. So spielen die Umlagen mit, die auf Mannheim nach und nach mindestens dazu kommen müssen, daß sich diejenigen städtischen Betriebe, die bisher mit einem Subsidium abgaben, selbst erhalten, wenn sie keinen Lebenslauf abgeben können. Das wird vor allem bei der Straßenbahn der Fall sein müssen. So ist es richtig, daß die Tarifpolitik unserer Straßenbahn nicht nach rein städtischen Gesichtspunkten abgefaßt werden kann, daß sie bei der Berechnung der Fahrpreise nicht verachtet werden dürfen und daß sie auch zu einer betragsmäßigen Erhöhung der Umlagenfrage der Reiter beitragen muß. Aber bei aller Würdigung dieser durchaus richtigen Gesichtspunkte muß abermals betont werden, daß sich auch hier Maßnahmen und Ausgaben zu machen sind, die sich nicht durch die Umlagenfrage lösen lassen. Es wird die ganz wichtige Aufgabe der Reiter sein, die Umlagenfrage zu lösen. Hier einen Hinweis zu finden. Wie werden im Laufe der Beratungen wohl auch noch diese und jene Punkte zu hören bekommen, denn in der Spezialberatung soll darüber gesprochen werden, wie man die 200 000 Mark Mehrerlöse einbringen kann. Die bereits in den Voranschlag eingestellt sind. Man wird auch Mittel und Wege finden müssen, unsere städtischen Betriebe noch leistungsfähiger als bisher zu gestalten, ohne daß dabei an festen Stellen gespart wird. Wir denken dabei an allem an Post- und Telegrafendienst und Elektrizitätswesen.

Zur Begründung neuer Einnahmeweisen hat der Herr Oberbürgermeister manchen wertvollen Hinweis gegeben. Wir glauben, daß sich manches nicht aus der Theorie in die Praxis umsetzen läßt. Darüber ist man sich wohl klar, daß die direkte Besteuerung ihren Höhepunkt erreicht hat. Wenn wir nicht die Einnahmeweisen unserer Stadt erheblich verbessern wollen, werden

wir uns lösen müssen, daß, um ein Beispiel anzuführen, die Kriegseinkommensteuer, wie sie am Montag beschlossen wurde, nur eine vorübergehende Erleichterung sein können. Der Herr Oberbürgermeister hat uns, a. auch recht einseitig vor Augen geführt, daß unsere kommunalen Ausgaben bei weitem nicht so vielfältig wie in manchen anderen Städten sind. Hier muß man doch betont werden, daß die Belastung des städtischen Haushalts und Grundbesitzes — darauf laufen die meisten Spezialgaben hinaus — in Mannheim ebenfalls das höchste Maß des Erträgliches erreicht hat. Es muß in diesem Zusammenhang betont werden, daß vor allem in Norddeutschland manche Mehrerlöse durch steuerliche Erleichterungen mehr als ausgeglichen werden.

Die Betrachtung unserer städtischen Ausgaben machte das erste Bild nicht besser. Der Herr Oberbürgermeister gab bei seinen vergleichenden Betrachtungen auch hier manchen wertvollen Hinweis. Es ist sicher, daß von unseren Stadtd. Reiter speziell dieser Teil der Rede recht eindringlich auf seine praktische Anwendung nachgedacht werden wird. Insbesondere geistert werden kann, ohne daß die hohen Kulturkosten der Industrie- und Handelsstädte in erheblichem Maße leiden, das kann nicht von heute auf morgen entschieden werden. Wie heißt die Lösung dieser Fragen ist, das hat die Entgegnung des Herrn Reiter in Bezug auf eine event. Einschränkung der Sozialversicherung an unsere Volksschulen zur Sprache gebracht. Auch was der Herr Oberbürgermeister über unsere Anstalten sagte, wird nicht überall Zustimmung finden. Es wird, wie Herr Stadtd. Reiter treffend anführte, recht schwer sein, die Erträge zu steigern und unrentablen Anlagen zu geben, gewisse Ausgaben, die auf Kosten zu übernehmen sind, und solchen, die aus laufenden Mitteln gedeckt werden müssen. Das die Schulbaukosten in dieser letzten Kategorie gehören, ist ohne weiteres klar. Man kann nur wünschen, daß wir recht bald wieder in der Lage sind, den Schulbaukosten mit den nötigen Summen zu bedenken. Die städtischen Schulen haben über 100 000 Mark überschüssig. „Es ist eine Summe“, aber sie wird nicht davon abhalten können, Anlagen, die auch anderen Generationen nützlich kommen, mit Kosten zu versehen. Unsere Schulwesen werden in auch die Erträge eines ehrenvollen Friedens, auf den wir unerschütterlich hoffen dürfen, in vollem Maße genießen können.

Unter Stadtd. Reiter hat mit berechtigter Kritik „König in König“ gemalt. Aber trotzdem dürfen wir nicht an der Zukunft verzagen. In der kommenden Friedenszeit werden die hervorragenden Eigenschaften der wertvollen Bevölkerung Mannheims groß gemacht haben, unsere Stadt neuer Blüte entgegenzuführen. Diese optimistische Auffassung, die bisher nicht getrübt hat, kam auch in den Ausführungen der Fraktionsredner zum Ausdruck, die nach dem Herrn Oberbürgermeister das Wort ergreifen.

Aus dem Großherzogtum.

Siedersheim, 21. März. Für die vierte Kriegsanleihe wurden von den Schülern der hiesigen Volksschule über 12 000 Mark gesammelt.

Heinheim, 21. März. Hauptmann Karl August Freudenberger, Sohn des hiesigen Privatiers Dr. F. C. Freudenberger, nach dem Selbstmord im Vaterland. Der Verbleib wurde durch den Großherzog in Baden-Baden und hinterläßt eine Witwe mit 5 Kindern.

Heinheim, 21. März. Heute Abend lagte Herr im „Prinz Wilhelm“ Saal eine zahlreich besuchte öffentliche Volksversammlung, in der eine Besprechung über die vierte Kriegsanleihe erfolgte. Nach einleitenden, dem Grusse des Hauptmanns getobten Worten des Moderators, Fabrikanten Rich. Hoff Obermannmann Dr. Hartmann eine von Interesse auf das wirtschaftliche Durchhalten erfüllte Ansprache, in der er auf die Bedeutung der vierten Kriegsanleihe als des unerlöschlichen Lebens für unsere heimatlichen Bedenke hinwies und das patriotische Empfinden der Anwesenden mit allem Nachdruck wiederholte. Reichslandvolk Reich gab im Eingehen jeden wünschenswerten Aufschluß. Der Vortrag, der städtischen Interesse erweckte, wurde mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. — Die anschließende Stimmung, die im ganzen Festen Anteil für die Kriegsanleihe herrschte, gibt sich am besten durch den Satz, daß bei einem Tode der hiesigen Waisen, ausschließlich die Reichslandvolk, von Günstigen, die hier Separat in Reichslandvolk anlegen wollen, fürmlich befragt werden. Selbstverständlich wird ihnen das große Wohlgefallen entgegengebracht. Namentlich ist es die ländliche Bevölkerung, die geradezu überaus nachteilig ist, wie in der Besprechung über die vierte Kriegsanleihe ausgesprochen. Nach Angabe des hiesigen Reichslandvolkes ist nicht daran zu zweifeln, daß das Eingehen der vierten Kriegsanleihe in diesem Bezirk (6 Millionen) diesmal um ein beträchtliches übersteigen wird. In städtischen hiesigen Schulen werden mit gutem Erfolg Sammelaktionen vorgenommen. Ebenso hat das Bürgerweibeamt mit vielfältigen Sammlungen in Katholie eine Sammelaktion zur Entgegennahme von Beiträgen von 5 Mark ab für Sammelaktionen ergriffen.

Heinheim, 16. März. Bekannt gemacht, daß der Leber der sozialdemokratischen Stadt, Broder im Städtischen Verzeichnis, der es vom einfachen Arbeiter (Zunehmend) zum aktiven Offizier gebracht hat, wurde wiederum mit einer Auszeichnung den Ritterkreuz 2. Klasse vom Kaiserlichen Kaiserorden, bedacht. Im Besitze des Eisernen Kreuzes ist bekannt gemacht, der sich in Mannheim als hiesiger Soldat gezeigt hat, schon lang.

Legte Meldungen. Die Schlacht von Verdun.

in Köln, 22. März. (Br.-Tel.) Aus Jülich wird berichtet: Der militärische Mitarbeiter der „Köln. St.“ urteilt über die militärische Lage im Westen: Nichts deutet vom militärischen Standpunkte aus so sehr auf den ungeschlagenen Willen der deutschen Heeresleitung, bei Verdun eine Entscheidung zu erzwingen als die strenge systematische Durchführung des Angriffs. Als neuestes Beispiel kann der im französischen Besitz gemachte Angriff gegen den Wald von Molancourt gelten. Rasche Erfolge sind bei dieser Situation nicht zu erwarten. Nur dortnächste Ausdauer kann hier noch jeweils gründlicher Vorbereitung Erfolg erzielen.

Der feindliche Fliegerangriff auf Zebrügge.

London, 20. März. (R.A.P. Nichtamt.) Meldung des Reuterschen Büros. Die Konstantinopel meldet: Heute morgen griffen 50 britische, französische und belgische Flugzeuge, begleitet von 15 Kampfflugzeugen, die deutsche Wasserflugstation Zebrügge und den Flugplatz Houlde an. Es scheint beträchtliche Schäden angerichtet worden zu sein. Jedes der Flugzeuge führte 200 Pfund Bomben mit sich. Alle Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt. Ein belgischer Offizier wurde ernstlich verwundet.

Die russische Offensive.

in Köln, 22. März. (Br.-Tel.) Der Spezialberichterstatter der „Köln. Volksztg.“ im Osten droht, daß noch Steigerungen der russischen Angriffe zu erwarten sind, das Einsetzen neuer Rüsse scheint bevorzustehen, jedoch eine weitere bedeutende Entwicklung der Offensive zu erwarten steht.

Der Handelskrieg.

Sankt Petersburg, 21. März. (R.A.P. Nichtamt.) „Königliche Courant“ meldet aus London: Der Daily Chronicle schreibt in einem Artikel über den Handelskrieg, daß es für England nicht zweckmäßig wäre, sich selbst auszuweichen, um den Deutschland zu begünstigen. Man dürfe auch nicht über die Gefahr hinwegsehen, daß Deutschland eine neue Handelsblockade mit politischen Gesichtspunkten argentinieren könnte.

Rotterdam, 21. März. (R.A.P. Nichtamt.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der australische Premierminister Hughes, der sich kürzlich zum Präsidenten der Reichstagsbewegung gemacht hat, hielt in der City wiederum eine Rede, in der er sich für eine kühnere politische Politik aussprach. Die „Times“ lobt ihn deshalb und schlägt vor, Hughes, der bereits eine Abinnettsberatung beabsichtigt hat, für die Dauer des Krieges in England zu einem richtigen Mitglied des aus Abinnettsmitgliedern bestehenden Kriegsrates zu machen.

Kardinal Mercier.

Berlin, 22. März. (Rov u. Berl. Büro.) King Krügel wird gemeldet: Der Kardinal Mercier wird in einem Brief an die Spionen und Briefschmuggler genannt. Die deutsche Besatzung hat vor einigen Tagen eine Spionendebatte veranstaltet, die den Briefschmuggel über die holländische Grenze betraf. Bei einzelnen Mitgliedern wurden Briefe vorgelesen, aus welchen festgestellt werden konnte, daß sie aus dem Ausland, namentlich wieder für die belgische Regierung in Le Havre an den Kardinal Mercier gegangen sind. Der Kardinal hat durch die amerikanischen deutschen Wege auch die amtlichen Schriftstücke des Vatikans den Spionen aus, daß sie mit großer Befähigung an ihrem Bestimmungsort ankommen. Mercier hat sich ein Mitglied der Bande vorstellen lassen, sich persönlich mit ihm unterhalten und sich von ihm die Organisation der Briefschmuggler erläutern lassen. Die demnach festgestellten Mitglieder der Bande werden in dieser Angelegenheit bringen.

Berlin, 22. März. (Rov u. Berl. Büro.) Im Saal des Abgeordnetenhauses hielt Graf Zeppelin seinen Redefuß eine Rede, in welcher er die technische Entwicklung der Luftkrieger und ihre Verteidigungsfähigkeit im Krieges schätzte. Dem Vortrag wohnten Abgeordnete aus allen Parteien und geladene Gäste, auch die Damen der Abgeordneten bei.

Rotterdam, 21. März. (R.A.P. Nichtamt.) Der Dampfer „Ary Scheffer“, über welchen in Amsterdam das Gerücht ging, daß er torpediert worden sei, ist in Rotterdam angekommen.

Paris, 21. März. (R.A.P. Nichtamt.) Der Ausruf von Serbien ist hier eingetroffen.

Handels- und Industrie-Zeitung

Zeichnungsschluß der vierten Kriegsanleihe.

Pflichtlich, wie angekündigt, werden die Zeichnungsschlüsse heute, um 1 Uhr mittags, geschlossen. Dann folgt zunächst die Ermittlung der Einzelergebnisse in den Städten bzw. Bezirken der Reichsanleihe. Sobald ein Einzelergebnis feststeht, wird es sofort an die Reichsanleihebank in Berlin gedruckt, wo die Aufrechnung stattfindet. Diese mühselige Arbeit erfordert natürlich einige Zeit, und wenn sie auch selbstredend mit allem Hochdruck betrieben wird, so kann das gesamte Zeichnungsergebnis doch erst gegen Ende der Woche erwartet werden. Vorläufig muß man die begreifliche Ungeduld etwas zügeln und daran festhalten, daß ein zahlenmäßiges Ergebnis noch nicht vorliegen kann. Allen Anschein nach ist auch diesmal wieder ein günstiges Ergebnis erzielt worden. Nach stehend bringen wir noch einige weitere Zeichnungen, die erst jetzt bekannt geworden sind.

Weitere Zeichnungen.

Rastatt 21. März. Die Krankenkasse des Landesverbandes der bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, sowie die Sterbekasse des Verbands, mit dem Sitz in Rastatt, haben auch zur 4. Kriegsanleihe je 10 000 Mark gezeichnet.

Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Cie. A.-G. wiederum 500 000 M., die Pensions- und Krankenkasse 70 000 M., Kommerzienrat Gaub wiederum 100 000 M.

WTB. Düsseldorf, 21. März. Der Provinzialausschuß hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Landesbank auf die neue Kriegsanleihe einschließlich der von der Provinzialfeuerversicherungsanstalt geteilteten 10 Mill. M., von der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz zu zeichnenden 10 Mill. M. und den Zeichnungen aus einigen Provinzialfonds 80 Mill. M. zeichnet. Die außerdem bei der Landesbank als Girozentrale der Rheinischen Sparkassen vorliegenden Voranmeldungen lassen mit ziemlicher Sicherheit ein gleiches Resultat wie bei der dritten Anleihe erwarten, und zwar 250 Mill. M., sodaß die Gesamtzeichnung durch die Landesbank wieder 370 Mill. M. erreichen und sich für alle vier Anleihen auf weit über eine Milliarde stellen wird.

*

Städtische Sparkasse Düsseldorf für sich 15 Mill. (bei der dritten Kriegsanleihe 12 Mill.) und für ihre Sparer voraussichtlich 5 Mill., im ganzen auf die 4. Kriegsanleihe voraussichtlich 20 Mill. M.

Frankfurter Hypotheken-Kreditverein, Frankfurt a. M. 2 Mill. M.

Konzern der Frankfurter Allgem. Versicherungs-A.-G. 7 Mill. M.

Teutonia, Feuerversicherungs-A.-G. Leipzig für eigene Rechnung 6 Mill. (1. Anleihe 2 Mill., 2. Anleihe 5 Mill., 3. Anleihe 6 Mill. M.)

Iduna, Lebensversicherungsgesellschaft in Halle a. S. 4 Mill. M.

Germania, Lebensversicherungsgesellschaft, Steinfurt 8 Mill. M.

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte Lübeck 5 Mill. M.

Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes a. G. 4 1/2 Mill. (vorher insgesamt 14 Mill. M.)

Preussische Zentralbodenkredit-A.-G., Berlin 3 Mill. M.

Sparkasse der Stadt Charlottenburg 12 Mill. M.

Sparkasse Halle 3 Mill. M.

Evangelischer Oberkirchenrat und die Vorstände der preussischen Zentralbanken für wirtschaftliche Versorgung der evangelischen Geistlichen insgesamt 16,72 Mill. M.

Kriegesleder-A.-G. Berlin weiter 5 Mill., insgesamt auf die 4. Kriegsanleihe 25 Mill. M.

Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Leverkusen für sich und ihre Beamten 6,2 Mill. Außerdem zeichnen die Arbeiter der Firma 130 000 M.

Höchster Farbwerke, Höchst a. M., für die Arbeiter-Kassen 750 000 M. (für sich, wie schon gemeldet 6 Mill. M.)

Bergwerksgesellschaft Georg v. Gieschen Erben, Breslau 12 Mill. (vorher insgesamt 21 Mill. M.)

Deutsche Gußstahlfabrik, Schweinfurt 1 Mill. M.

Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgewerkschaft, Mainz 1 Mill. M.

Deutsche Gesellschaft für Kaufmannserholungsheimen 1 Mill. (vorher rund 1,2 Mill. M.)

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank).

Berlin, 21. März. Der Aufsichtsrat der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Generalversammlung für das Jahr 1915 die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent vorzuschlagen.

Der Bruttovortrag beträgt pro 1915 inkl. M. 480 141,31 Vortrag aus 1914 M. 25 051 563,71. Hiervon gehen ab die Handlungskosten, Steuern, die Gratifikationen an die Beamten, die Zuwendungen an deren Pensionsfonds und für wohltätige (Kriegs-) Zwecke M. 14 592 208,07, Abschreibung auf Immobilien und Mobilien M. 613 489,15, Talonsteuer-Reserve M. 160 000, Verlust aus Finanzoperationen M. 966 666,47 zusammen M. 16 322 363,99. Demnach verbleibt verfügbarer Reingewinn M. 8 719 199,72.

Das Gewinn- und Verlust-Konto pro 1915 ergibt folgende Ziffern (die entsprechenden Ergebnisse des Jahres 1914 sind in Klammer beigefügt). I. Einnahmen: Provisionsen Mark 10 047 044,09 (10 026 064,90), Zinsen: aus dem Konto Korrent-Geschäft und aus Wechseln, aus dazuerhörenden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen und aus Valoren M. 14 510 593,60

(15 469 040,75, Gewinne aus Effekten M. 0 (0), Diverse Einnahmen M. 13 784,71 (44 349,94), Vortrag aus dem Vorjahre M. 480 141,31 (479 487,05). II. Ausgaben: Geschäftskosten: a. Handlungskosten M. 10 784 747,15 (10 861 063,85); b. Steuern M. 1 297 890,00 (1 247 406,45), c. Gratifikationen an die Beamten, Invaliden- und Krankenversicherung, Reichsversicherung, Ehrengaben an Beamte und Zuwendungen an deren Pensionsfonds und für wohltätige (Kriegs-) Zwecke M. 2 549 570,32 (2 430 990,75), Abschreibung auf Immobilien und Mobilien M. 613 489,45 (615 931,89), Talonsteuer-Reserve M. 160 000 (160 000), Verlust aus Finanzoperationen M. 966 666,47 (965 667,69), Gewinn-Saldo (inkl. Vortrag aus 1914) M. 8 719 199,72 (8 880 141,31).

Die Bilanz ergibt folgende Ziffern: I. Passiva. Aktienkapital M. 160 000 000 (160 000 000), Reserven M. 32 000 000 (32 000 000), Kreditoren Mark 750 548 687,15 (592 101 865,60), Akzente und Schecks M. 89 353 747,22 (198 894 670,67), Vorgeschlagnene Dividende: 5 Prozent (1914: 4 Prozent) M. 8 000 000 (6 400 000), Sonstige Passiva: Unerhobene Dividenden M. 36 451,41 (30 672,65), Talonsteuer-Reserve M. 80 835 (617 000), Wehrsteuer-Reserve M. 154 743 (309 484), II. Aktiva: Kasse, fremde Gelder und Kuponen inkl. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken Mark 92 178 476,27 (63 491 146,29), Wechsel und unverzinsliche Scheckanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten M. 191 944 437,52 (174 352 087,96), Nostrifikanten bei Banken und Bankfirmen Mark 61 342 829 (53 154 413,62), Reports und Lombards gegen Börsengängige Wertpapiere M. 119 253 088,79 (96 945 908,68), Vorräte aus Waren und Warenverschiffungen M. 8 511 604,52 (18 463 236,54), Eigene Wertpapiere M. 57 176 608,28 (59 688 291,75)

a. Anleihen und verzinsliche Scheckanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten M. 25 089 817,85 (27 249 995,31), b. sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beschlossene Wertpapiere M. 4 696 512,67 (4 533 094,06), c. sonstige Börsengängige Wertpapiere Mark 20 499 838,20 (20 624 513,86), d. sonstige Wertpapiere Mark 6 390 437,56 (7 280 188,30), Konsortialbeteiligungen M. 40 507 755,79 (40 628 837,79), dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen M. 9 523 368,82 (9 434 843,42) Debitoren im laufender Rechnung M. 420 009 357,33 (455 243 908,79) Hiervon: a. gedeckte Kredite M. 358 855 352,66 (362 927 537,92), b. ungedeckte Kredite Mark 61 154 044,67 (92 305 800,87), Bankgebäude Mark 20 607 560,70 (18 334 776,44), sonstige Immobilien M. 308 073,75 (308 790,56), sonstige Aktiva: Verrechnungskonto der Zentrale mit den Filialen und Niederlassungen M. 29 510,42 (86 112,47). Die Aktiva befreien sich auf beiden Seiten der Bilanz auf M. 61 752 000,77 gegenüber M. 49 100 178,60 im Vorjahr.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 21. März. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates der Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. wurde die Bilanz für 1915 vorgelegt, die nach Absetzung von M. 150 000 auf Beteiligungen im inländischen Ausland einen Reingewinn von M. 2 215 694,02 gegen M. 1 626 301,07 im Vorjahre ergibt. Es wurde beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 5 Proz. gegen 4 Proz. i. V. vorzuschlagen; der Vortrag erhöht sich von M. 423 301,07 auf M. 424 244,60.

Wiener Effektenbörse.

WTB. Wien, 21. März. Im heutigen Börsenverkehr machte sich im Gegensatz zu den letzten Tagen ein Mangel an einseitiger Tendenz geltend. Während Bankaktien unter dem nachhaltigen Eindruck der Bilanzveröffentlichungen nach wie vor eine feste Haltung bekundeten und zu höheren Kursen umgesetzt wurden, hatten die bisher besonders bevorzugten Konjunkturpapiere und Transportaktien unter diesen Umständen auch Minderwerte, trotz der günstigen Absatzverhältnisse der Eisenwerke unter Gewinnabgaben stärker zu leiden. Der Gesamtverlauf hielt sich in recht engen Grenzen. Die Stimmung des Anlagegeschäftes war unverändert fest.

Amsterdamer Effektenbörse.

AMSTERDAM, 21. März.		21. März.		21. März.	
Stichting	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1915	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1914	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1913	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1912	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1911	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1910	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1909	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1908	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1907	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1906	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1905	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1904	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1903	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1902	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1901	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1900	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1899	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1898	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1897	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1896	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1895	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1894	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1893	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1892	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1891	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1890	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1889	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1888	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1887	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1886	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1885	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1884	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1883	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1882	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1881	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1880	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1879	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1878	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1877	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1876	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1875	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1874	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1873	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1872	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1871	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1870	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1869	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1868	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1867	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1866	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1865	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1864	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1863	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1862	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1861	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1860	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1859	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1858	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1857	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1856	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1855	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1854	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1853	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1852	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1851	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1850	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1849	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1848	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1847	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1846	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1845	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1844	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1843	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1842	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1841	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1840	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1839	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1838	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1837	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1836	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1835	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1834	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1833	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1832	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1831	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1830	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1829	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1828	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1827	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1826	101 1/2	102	102 1/2	102 1/2	102 1/2
Stichting 1825	101 1/2	102	102 1/2		

